Nr. 469

11.2.99

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

auswärts 3 DM

u.a. mit:

Schwerpunkt Arbeit und Ausbeutung

Zunächst mal haben wir einen kleinen Schwerpunkt mit drei Beiträgen zum Thema „Arbeit und Ausbeutung" zusammengestellt. Hintergrund ist die Arbeitskonferenz für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung vom 19.– 21. März 1999 in Berlin. Das Thema scheint für den größeren Teil der Autonomen nicht gerade wichtig zu sein. Nun ja - wenn Ihr denn genügend Knete habt: Prima.

Dank ihrer rassistischen Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft hat die cdu die Landtagswahl in Hessen gewonnen. Ein interessanter – wenn auch erwarteter – Blick auf die Situation in Deutschland. Fragt sich im übrigen, wo die toleranten, basisdemokratischen und multikulturellen Wähler der Grünen geblieben sind.

Und nun noch zu Allen Autonomen Betroffenen: Einige Gruppen sind immer wieder der festen Überzeugung, daß ihre Beiträge unbedingt abgedruckt werden müssen, weil sie doch so unendlich wichtig sind. Diese ausgesprochen positiven Selbsteinschätzungen können wir durchaus nachvollziehen, aber die entsprechenden Aufforderungen könntet Ihr Euch eher sparen. Weil: wir können lesen und sind selber schlau genug.

INHALT

3 – Köpi verteidigen
5 – Walser-Debatte – Reaktion auf Timur ...
6 – Cafe Germania ist weg
7 – Anschlag auf den faschistischen Kriegsklotz in HH
8 – 1. Mai Vorbereitung
9 – Zeugenaufruf des EA
10 – Wenn der V-Mann plötzlich klingelt
11 – Aktion gegen rassistische Hetzkampagne der cdu in Freiburg
11 – Antifa-Mobilisierung zum geplanten Naziaufmarsch in Saarbrücken
12 – Schwerpunkt-Thema: Arbeit und Ausbeutung
24 – Spitzelenttarnung in HH
26 – zum Erhalt der Südanlage 20 in Gießen
27 – Bundesweite Mumia-Demo in HH
28 – Auf zum Aktionscamp Greifswald
28 – Auf zur Belagerung der Gorlebener Anlagen
29 – Termine

ORDNER

- Bullenlehrgang Lautsprecherdurchsagen
- Nachbereitung LL-Demo
- Text: Weiße Flecken – Verdrängung kontra Mythos
- AAB zum 1. Mai
- Männerbewegung in der Abseitsfalle

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag
Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderln, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderln mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderln mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

EU-Gipfel in Berlin!

Am 24./25. März findet höchstwahrscheinlich ein EU-Sondergipfel im Berliner Hotel Intercontinental statt

Die Bedeutung dieses Treffens ist noch unklar, aber möglicherweise kommt es zu einer publicityträchtigen Unterzeichnung der »Agenda 2000« als »Berliner Vertrag«. Dieser Termin ist also nicht unbedingt unwichtig im Zusammenhang mit den Aktivitäten gegen den EU-Gipfel in Köln am 3. und 4. Juni.

Um von Berliner Seite aus Gegenaktionen und -veranstaltungen zu planen, gibt es ein Treffen der Berliner GipfelStürmerInnen am

16. Februar um 19.30 Uhr im Blauen Salon im Mehringhof (Gneisenaustraße)



Programm

Schluß mit dem Streß!
Arbeitskonferenz für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung.
Zur Kritik der Lohngesellschaft

Freitag, 19. März 1999:

ab 19.00 — **Podiumsdiskussion im Audimax Humboldt-Universität Berlin** mit
Marco Revelli (Italien)
VertreterInnen von AC (Frankreich)
Michael Wittig (ALSO, Oldenburg)
Verteterin der Frauengruppe »Glanz der Metropole«
Angela Klein, Bündnis Euromärsche

Samstag, 20. März 1999:

09.30 – 12.30 Uhr	Arbeitgruppen, Humboldt-Universität Berlin
12.30 – 15.00 Uhr	Mittagspause
15.00 – 19.00 Uhr	Arbeitgruppen, Humboldt-Universität Berlin
ab irgendwann:	Party, Ort noch unbekannt.

Sonntag, 21. März 1999:

ab 09.30 Uhr — aufgeteilte Diskussion, Humboldt-Universität Berlin

Gemeinsame Fragestellung Diskussion:

Am letzten Tag des Konferenz soll die Gelegenheit noch einmal genutzt werden, um in neu zusammengesetzten Foren, Fragen von Strategie und Praxis zu erörtern und ein Resümee zu ziehen:

Ist die Forderung nach Existenzgeld zusammen mit der nach radikaler Arbeitszeitverkürzung dazu geeignet, eine Strategie zur Überwindung der Lohnarbeitsgesellschaft einzuschlagen? Welche praktisch-politischen Schritte sind dafür nötig und wie können die daran Interessierten eine Bündelung der Kräfte erreichen? Schafft eine dezentrale Vernetzung genügend Raum für Unterschiede und Besonderheiten, ohne dabei eine ausreichende Schlagkraft einzubüßen, die für eine Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsorganisation vonnöten ist?

Schließlich wird auch der Frage nachzugehen sein, inwieweit wir mit der Konferenz unsere Bemühungen verstärken, nicht nur erträgliche Lebensbedingungen im Kapitalismus auch für diejenigen zu gewährleisten, denen eine »moderne« Lebenskarriere vergönnt ist – aus welchen Gründen auch immer. Vielmehr werden wir uns an unserem Beitrag messen lassen müssen, mit dem wir zur Überwindung einer Vergesellschaftungsweise beisteuern, die für viele immer noch Schicksalscharakter trägt und deren Lebensweise keineswegs dem erreichten gesellschaftlichen Reichtum entspricht.

Stand des Programms 11. Januar 1999.

KØPI VERTEIDIGEN !
GEGEN UMSTRUKTURIERUNG UND VERTREIBUNGSPOLITIK

Am 16. 2. soll die Kopi versteigert werden. Für uns ist nun erstmal klar, daß bei einem Verkehrswert von 5,4 Mio. DM nur ein Grossinvestor als möglicher Käufer in Frage kommt. So ist z.B. vor einem Jahr ein 200 Mio. DM Projekt a la Hackesche Höfe im Gespräch gewesen. Baugenehmigungen werden aufgrund der günstigen Lage hier schnell erteilt. In einem Verkehrswertgutachten (VWG) werden wir als verwahrlost bezeichnet und unsere Räumung mit 100.000 DM (hö,hö) beziffert. Zwar haben wir für alle Wohnungen Mietverträge, aber welchen Spekulanten hat das je gestört? Immerhin werden laut VWG die Entwicklungschancen für hochwertiges Gewerbe mittel- bis langfristig als sehr gut eingeschätzt.

Aber die KØPI bleibt Non-Profit-Area !!!!!!!!!

Das Haus bietet ca. 40 Erwachsenen und Kindern billigen Wohnraum, alle öffentlichen Räume werden unkommerziell selbstverwaltet. Es gibt Sporträume samt Kletterwand, VoKü, Sonntax-Frühstück, Kino, Teknokeller, Streetball im Hof und einen Garten – alles umsonst oder zum Selbstkostenpreis.

Auf den beiden angrenzenden Geländen befinden sich zwei Wagenburgen, die bei der Durchsetzung des Bauvorhabens ebenfalls von Vertreibung betroffen wären.

Linker Widerstand braucht Autonome Räume !

Die KØPI ist eines der letzten linksradikalen Kultur- und Kommunikationszentren in Berlin. Das heißt Freiraum für politische Veranstaltungen, Soliparties und linke Gegenkultur. Und das mitten im "Kerngebiet" (VWG) der neuen und alten Hauptstadt, nur 4 km vom zukünftigem Regierungsviertel entfernt !
Die Kopi ist ein Beispiel von vielen, die von Umstrukturierung betroffen sind. Schluß mit der Ausgrenzung von Randgruppen und Einkommensschwachen. Wehrt euch gegen profitgierige Spekulanten und Politbonzen !

Kein Verkauf ! ***Kein Abriß !*** ***Die Køpi denen, die sie nutzen !***
Enteignet Haus- und Grundbesitzer !

Kommt alle zur Demo!

Sa. 13. Feb. 1999
14.00 UHR HERMANNPLATZ

Es wird einen Frauen/ Lesben-Block geben
Außerdem werden sich einige Wagenburgen an der Demo beteiligen !

Demoroute: Kottbusserdamm/ Mariannenstr./ Oranienstr./ Adalbertstr./ Engeldamm/ Michaelkirchstr./ Köpenickerstr./ Mariannenplatz/ Waldemarstr./ Manteufelstr./ Görlitzer Bahnhof

16.2. Versteigerung verhindern ! Ab 9.00 Uhr Kundgebung vorm Amtsgericht Mitte - Littenstr. (U-Bhf Klosterstr.)

Wir bleiben – subversiv und unberechenbar .

19. Feb. 99 : 9 Jahre Køpi Party mit Konzert , Disco , Tekno , Performances , Casino .....
wie imma inna Köpenickerstr. 137 10179 Berlin

V.i.S.d.P.: [illegible] Köpenickerstr. 39 10179 Berlin

Martin Walser, Ignatz Bubis und das Holocaust-Mahnmal
Eine Reaktion auf Timur und seinen autonomen Trupp

Nachdem ich positiv davon überrascht war, daß in der Interim Nr. 468 gleich zwei Artikel zur Walser-Debatte abgedruckt waren, habe ich mich dermaßen über die Kritik von Timur und seinem Trupp an dem Artikel der "Antinationalen Fraktion" aus dem "Weihnachtsheft" geärgert, daß ich hierzu ein paar schnelle Sätze loswerden will. Ich schreibe diesen Text nicht, weil ich den Beitrag der "Antinationalen" so klasse fand (auch dort habe ich mich über einige Stellen geärgert - dazu sei auf die Fußnoten von Ralph P. in der Nr. 468 verwiesen), sondern weil ich keine Lust habe, mir von irgendwem sagen zu lassen, was "autonom" ist und was nicht. Noch dazu, wenn ich die "richtige autonome Position" ziemlich daneben finde.

Parteinahme für Bubis?

Am Anfang ihres Textes schreiben Timur & Co, daß es *völlig unautonom* ist zu glauben, es wäre nötig, für eine der beiden Seiten - Walser oder Bubis - Partei zu ergreifen. Mit anderen Worten: Es ist nicht nur "unautonom", sondern auch "unnötig", sich im ersten Antisemitismus-Streit der sogenannten "Berliner Republik" auf die Seite desjenigen zu stellen, der Walser als das bezeichnet hat, was er ist - nicht nur einer, der sich nach einer normalen, unbefleckten deutschen Identität sehnt, sondern gleichzeitig ein "geistiger Brandstifter". Es soll also "unnötig" sein, sich auf die Seite desjenigen zu stellen, der in der Folge von Augstein und anderen als unversöhnlicher, auf Rache bedachter Jude dargestellt wird, der die Deutschen einfach nicht vergessen und endlich wieder "ein normales Volk" sein lassen will.
Warum? Weil Antisemitismus noch nie ein Thema war, mit dem sich (autonome) Linke gern beschäftigt haben, zumindest solange die Überlebenden sich nicht mit ihrer Opfer-Rolle begnügen wollten, solange Antisemitismus als ausschließliches Problem der Rechten betrachtet wurde?
Nein, weil Bubis kein Linker bzw. Autonomer, sondern *'bloß'* Überlebender ist[1], und noch dazu einer, *der ökonomisch neoliberal optiert und politisch der FDP angehört.* Was spielt das in diesem Zusammenhang für eine Rolle? Wollen Timur und sein Trupp z.B. auch jeden Migranten, der sich öffentlich gegen Rassismus stellt, zunächst auf seinen Antikapitalismus, -sexismus etc. (= auf seine autonome Identität) überprüfen, bevor sie ihn unterstützen?

[1] Die Anführungszeichen hättet Ihr Euch sparen können! Wenn Ihr's nicht so meint, warum formuliert Ihr Euern Text dann nicht gleich so unmißverständlich, daß die nachgeschobene Erklärung (daß keine/r nur wegen ihres/seines Opfer-Seins politisch *recht* hat) überflüssig wird?

Außerdem ist Bubis laut Timur & Co einer, der vermeiden will, *daß es zu einer Bewegung in den Köpfen kommt, die eigenständiges Denken und politisches Handeln möglich macht, das die gegenwärtigen zahlreichen ideologischen und praktischen Strömungen angreift, die denen sehr ähnlich sind, aus denen die historische Nazi-Ordnung ihre Kraft bezogen hat.* Vielleicht habe ich ja auch völlig falsch verstanden, was die Herren (und Damen?) damit meinen - oder wollen sie allen Ernstes Bubis (der von Walser angegriffen wird, weil er sich in Rostock mit den Opfern des Pogroms solidarisiert hat) unterstellen, daß er "vor allem anderen" antifaschistisches Engagement verhindern will? Ganz abgesehen davon, daß wir heute glücklicherweise eben nicht in der *gleichen Gesellschaft* leben wie vor 1945...

Natürlich vertreten (überlebende) Jüdinnen und Juden nicht automatisch linke oder autonome Positionen. Natürlich muß Bubis kritisiert werden, wenn er sich für deutschen Patriotismus und deutsches Nationalgefühl ("ohne Nationalismus und Antisemitismus") ausspricht, genauso wie er kritisiert werden kann für seine Ablehnung einer generellen doppelten Staatsbürgerschaft oder für seine neoliberalen Positionen. Dennoch hat er in der Walser-Debatte genau das gesagt, was gesagt werden mußte (unabhängig davon, ob Timur & Co das als "links" oder "autonom" begreifen), und deshalb sollte es für Linke und Linksradikale selbstverständlich sein, sich in diesem Kontext auf seine Seite zu stellen! Gut, daß die "Antinationale Fraktion" Partei ergreift, selbst wenn sie Walsers Antisemitismus negiert - schade nur, daß sie nicht dazu aufruft, dies auch öffentlich und nicht nur in der Interim zu tun!

Mir scheint, daß Timur und sein Trupp hier genau das "Gut-und-Böse-Schema" propagieren, welches sie der "Antinationalen Fraktion" vorwerfen, nur mit anderen Koordinaten: Weil Bubis ein neoliberales FDP-Mitglied ist, kann er auch in Bezug auf (bspw.) Antisemitismus keine "richtige" Position vertreten, 'bloß' weil er Überlebender oder Jude ist. Das ist nämlich der Umkehrschluß aus ihrer Argumentation.

Zum Holocaust-Mahnmal und dem "richtigen" Umgang mit der Vergangenheit

Ein zentraler Punkt in Walsers Rede war sein Einsatz gegen das geplante Holocaust-Mahnmal, die "Monumentalisierung der Schande" in der Mitte von Berlin.
Timur und sein Trupp verwehren sich nicht nur dagegen, mit Bubis Walsers antisemitisch unterlegten Normalisierungswunsch anzugreifen. Sie wehren sich nicht nur gegen *Gedenk-Kulte*, gegen eine *Medialisierung und Virtualisierung* des Erinnerns, sondern auch gegen einen *Mahnmal-Talk* - aber was haben sie statt dessen anzubieten?

Dazu schreiben sie folgendes: *Autonom wäre eine Position, die sich dem genau damit einhergehenden Standpunkt der Beruhigung verweigert; eine Position, die unvorhergesehen Räume kreuzt, die sich der neuen staatlichen Normalität verweigert und im Alltag überall dort nervt, wo Schwafel, Obrigkeitshörigkeitsreflexe und brutale Erfolgs- und Standortmunterkeit herrschen.* Was soll uns das sagen? Mir sagt es, ehrlich gesagt, gar nichts. Es wirkt auf mich wie das, wogegen sie "nerven" wollen - Schwafel.
Erst ganz zum Schluß stellen sie das einzige Konkrete vor, wofür sie sind: für einen Kilometer Autobahn in der Mitte der Republik, der zur Erinnerung an die NS-Opfer[2] mit Kopfsteinpflaster die deutsche Normalität durchbricht. Diesen Vorschlag finde ich sehr gut - aber warum tun Timur & Co so, als ob es ihr eigener wäre und nicht einer von denen, die im offiziellen Mahnmalswettbewerb durchgefallen sind? Damit die, die das vielleicht nicht wissen, nicht merken, daß sie sich auf diese Weise - ganz "unautonom" - doch am "Mahnmal-Talk" beteiligen?

Über den "richtigen" Umgang mit der NS-Vergangenheit ist schon viel gestritten worden, darauf möchte ich hier nicht länger eingehen. Nur soviel: Natürlich ist es richtig, die nationalsozialistischen Kontinuitäten der BRD (und - im Rückblick - der DDR) anzugreifen, natürlich ist es richtig, sich gegen den erstarkenden Nationalismus, gegen Antisemitismus und Rassismus und gegen deutsches Großmachtstreben (auch mit Bubis) zur Wehr zu setzen. Dies ist jedoch ein anderer Punkt als die Frage, wie an die Opfer erinnert und gedacht werden sollte.
Bei aller Kritik z.B. an kollektiven Gedenkritualen oder an "Schindlers Liste" (die ich durchaus teile!!!) - mir ist es lieber, wenn in diesem Land kollektiv und ritualisiert gedacht wird als gar nicht, oder wenn Jugendliche sich auf der Website von Spielbergs "Shoah Foundation" Hollywood-mäßig inszenierte Interviews mit Überlebenden "'reinziehen", als wenn sie an ihrem Computer "Juden und Jüdinnen vergasen" spielen! Daher finde ich es durchaus überlegenswert, ob ich solche Projekte nicht unterstütze - zumindest, wenn ich nichts besseres anzubieten habe als ein parolenhaftes *Aufstören* oder "Durchkreuzen von Räumen".

Meiner Meinung nach gab es vor Walsers Rede und den darauf folgenden Reaktionen gute Gründe, gegen das Holocaust-Mahnmal zu sein (besser fände übrigens auch ich ein "Denk-Mal", das auch andere Opfer-Gruppen wie die Roma und Sinti einschließt). Die gibt es natürlich auch weiterhin - aber wäre es nicht dennoch nach dieser Debatte vielleicht angebracht, sich - wie z.B. Konkret-Herausgeber Gremliza - öffentlich für dieses Mahnmal auszusprechen? Ich fände es weitaus spannender, (auch hier in der Interim) u.a. diese Frage zu diskutieren als einfach nur "dagegen zu sein" und es mal wieder besser zu wissen (oder eben nicht). Wobei Timur und sein Trupp ersteres im übrigen ja selber tun, auch wenn sich ihre Äußerungen dazu (*sich dem Pro oder Contra Mahnmal-Talk verweigern* <-> *für die Verwirklichung einer ganz anderen Gedenkstätte*, s.o.) widersprechen. Schade nur, daß diese Positionen erst dann formuliert werden, wenn es darum geht, sich von "Unautonomen" abzugrenzen!

Eine Antinationale

---

[2] Warum eigentlich nur an die Ermordeten, die "Umgebrachten" - etwa, weil die bequemer auf die Seite der "Guten" gestellt werden können als irgendwelche Überlebenden, die "falsche" Positionen vertreten?

Das Café Germania ist weg!

Nach rund einem Jahr mußte Anfang Dezember 1998 der Nazi-Treffpunkt Café Germania in Berlin-Lichtenberg schließen. Grund dafür war vor allem der massive antifaschistische Widerstand!
Das Café war zentraler Sammelpunkt der Neonaziszene aus Berlin und Brandenburg. Regelmäßig fanden Stammtische, Liederabende und Koordinationstreffen der Berliner Kameradschaften statt. Das „Projekt Café Germania" sollte ein bundesweites Pilotprojekt der Nazi-Szene sein. Sie wollten ein Kneipennetz sowie eine Infrastruktur von Objekten und Häusern für ihre tägliche Hetze schaffen. Dieser erste Berliner Versuch wurde erfolgreich verhindert!

Die „Anti-Café-Kampagne"

Bereits wenige Wochen nachdem das Café Ende 1997 seine Türen geöffnet hatte, wurde es Ziel mehrerer militanter Aktionen. In der Antifa-Szene wurde das Café Germania schnell bekannt. Das Café wurde Ziel alltäglicher Antifa-Praxis, so zog zum Beispiel eine Spontan-Demo am Café vorbei, als im März 1998 in Saalfeld (Thüringen) eine linke Jugendliche von einem Nazi erstochen wurde. Auch eine Kiezdemo im Frühsommer führte am Café vorbei. Eine Infoveranstaltung organisierten Antifas aus Friedrichshain und füllten damit Informationslücken der AnwohnerInnen. Im Spätsommer traten wir dem frisch gegründeten Bündnis gegen Rechtsextremismus Lichtenberg bei. Wir versuchten mit Artikeln in Antifa-Zeitung sowie mit Flugblättern das Café Germania ins Blickfeld möglichst vieler AntifaschistInnen zu rücken; immer auch mit der Hoffnung, bei späteren Aktionen bereits informierte Antifas mobilisieren zu können. Ende November 1998 fand dann die „Silvio-Meier-Demo" statt, an der sich über 2.500 Antifas beteiligten und die sich thematisch gegen das Café richtete. Keine zwei Wochen später kam das Aus für das Café; allerdings mit der Ankündigung der Nazis, ihren Kneipen-Versuch im Berliner Umland zu wiederholen.

Das Bündnis gegen Rechtsextremismus Lichtenberg

Das Bündnis bestand anfangs aus über 30 VertreterInnen von Initiativen, Parteien, Vereinen, sozialen Einrichtungen und Antifa-Gruppen. Es gründete sich mit dem Ziel, etwas gegen den aufkommenden Rechtsextremismus im Bezirk zu unternehmen. Thematisch versuchten wir ins Bündnis Aktivitäten gegen das Café Germania einzubringen. Unser Anliegen stieß auf Zustimmung, so daß gemeinsam verschiedene Veröffentlichungen geplant und durchgeführt wurden. Vorteilaft in dieser Situation war, daß wir Ideen einbrachten, und zum Beispiel Faltblätter und Plakate erstellten, die dann vom Bündnis dankend angenommen wurden. Wir wurden so zu einem entscheidenden und prägenden Teil des Bündnisses, weil wir genau in diesem Bereich (im Gegensatz zu den anderen BündnisteilnehmerInnen) auf reichlich Erfahrung und Praxis zurückgreifen konnten. Gleichzeitig erwies sich das Bündnis als sehr träge, und inhaltsleer, weil wenig Eigeninitiative gezeigt, und sich viel zu viel über Formalien gestritten wurde.
Größter und wichtigster Erfolg, der mit dem Bündnis jedoch verbunden war, zeigte sich in der konsequenten Unterstützung der Silvio-Meier-Demo. Hinter uns stand nun ein Bündis von AnwohnerInnen bis zum Bezirksbürgermeister, die mit uns demonstrieren wollten. Die Antifa trat so aus ihrer zu oft isolierten Lage heraus, und wurde zum entscheidenen Faktor, im Bezug auf Aktivitäten gegen das Café Germania. Uns störte dann die Trägheit des Bündnisses weniger, weil wir (bzw. die gesamte Demo-Vorbereitung) in der Gestaltung und Ausrichtung der Demo freie Hand hatte, und keinerlei lähmende Diskussionen (zum Beispiel über Gewalt) führen mußten.
Als Fazit bleibt festzustellen, daß für die Bebzw. Verhinderung von Nazi-Aktivitäten politische Bündnisse unerläßlich sind! Dabei muß seitens autonomer AntifaschistInnen darauf geachtet werden, daß wir immer gleichberechtigter Teil des Bündnisses bleiben. Unser Vorteil liegt hier immer in der Praxis. Letzlich sind es die Antifas, die sich im Bereich der Praxis auf die erwähnten Erfahrungen stützen können.
Ein Punkt bleibt noch zu benennen: unser Bündnis wollte an einem Punkt eng mit der Polizei bzw. dem Staatschutz zusammenarbeiten, um sich einerseits über die Nazis im Café zu informieren und andererseits die Polizei unter Zugzwang gegen die Nazis zu setzen. Es wurde überlegt, ob nicht sogar ein Bulle an den Sitzungen des Bündnisses teilnimmt. Eine Zusammenarbeit des Bündnisses mit den Bullen konnte so weit verhindert verden, als daß es ein Treffen von interessierten AnwohnerInnen und den Bullen außerhalb des Sitzungsrahmens gab. Wir hätten uns als Gruppe bei aktiver wie passiver Zusammenarbeit des Bündnisses mit den Bullen aus diesem zurückgezogen.

Die Silvio-Meier-Demonstration

Bereits frühzeitig wurde für die Demonstration mobilisiert. Die Demo sollte auch die eigentlich erste größere Aktion gegen das Café sein. Das Bündnis zur Silvio-Meier-Demo umfaßte faßt alle Antifa-Gruppen aus Berlin. Leider beteiligten sich keine Zusammenhänge, die bereits zuvor neben uns gegen das Café aktiv gewesen waren. Das Antifa-Bündnis, verschiedene Einzelgruppen, wir als AAB sowie nicht an der Demo-Vorbereitung beteiligte Personen entwickelten die vielseitigsten Mobilisierungsformen: Flyer, Plakate oder verschiedenste Aufkleber. Vorteil der Demovorbereitung war, daß bereits ein breites Wissen über das Café Germania bestand. Jetzt kamen die breiten Info-Aktionen, die Flugis und die Berichte über das Café zu Tragen.

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

An der Demo beteilgten sich über 2.500 AntifaschistInnen, vor allem aus dem automen Spektrum. Zahlreiche AntifaschistInnen kamen aus anderen Stäten, die wir im Vorfeld eingalden hatten. Die meisten Antifas wußten inzwischen mit dem „Begriff Café Germania" etwas zu verbinden.
Die Demo ist klar als politischer Erfolg zu werten. Nicht nur, weil das Café Germania inzwischen schließen mußte, sondern auch, weil nach Außen hin vermittelt wurde, was bei solchen Demos vermittelt werden soll. Nämlich: über 2.500 autonome AntifaschistInnen demonstrieren mit einem Bündnis verschiedener antifaschistischer Kräfte anläßlich des Todestages von Silvio-Meier gegen den Nazi-Treffpunkt Café Germania; Polizei muß mit Großaufgebot Nazis schützen; das Café ist ein Nazi-Zentrum. Das wurde mit

der Demo vermittelt und ist politisch sehr wichtig gewesen.

Zur Demo muß gesagt werden, daß sich die Bullen auffällig zurückhielten: fast keine Vorkontrollen, kein Spalier wie in den vergangenen Jahren (obwohl die gleichen Bullen für die Demo zuständig waren), Duldung leichter Vermummung, kein Einschreiten bei Steinwürfen gegen das Café bzw. von den Nazis auf die Demo und vo rallem keine einzige Festnahme bei der Demo!

Militanter Antifaschismus

Begleitet wurde die Anti-Café-Kampagne von zahlreichen direkten Aktionen gegen das Café. Die Scheiben wurden eingeschmissen, die Fassade mit Farbbeuteln beworfen oder besprüht. Die Nazi-Aktivitäten des Café-Betreibers wurden auch gegenüber der Presse öffentlich gemacht. Diese Aktionen gegen das Café waren wichtig, weil sie die Nazis konkret schädigten (Versicherungsschutz) und so immer wieder das Café in die „Schlagzeilen" brachten. Aber vor allem bleibt Militanz für autonome AntifaschistInnen immer ein Mittel, um sich von bürgerlichen Nazi-Gegnern abzuheben und eigene Akzente zu setzen. Die Anti-Café-Germania-Kampagne hat gezeigt, daß sich militanter und „bürgerlicher" Antifaschismus nicht ausschließen. Bürgerliche Kräfte, die auch gegen das Café aktiv wurden, mußten einsehen bzw. hinnehmen, daß militantes Vorgehen gegen Nazis, immer eine Option für Autonome sein wird - trotz oder gerade wegen der gemeinsamen Bündnisaktivitäten - und, daß diese Aktionen zu einem Erfolg beitragen! Anfängliche Kritik von Linksradikalen, gegenüber bürgerlichen AntifaschistInnen solle ein sanfterer Kurs eingeschlagen werden, hat sich als nicht richtig erwiesen. Es kam und kommt darauf an, wie militante Aktionen vermittelt werden, und inwiefern sie Teil einer antifaschistischen Kampagne sind.

Warum ging´s jetzt so fix?

Was letztlich zur Schließung des Cafés geführt hat, können wir nicht mit Sicherheit sagen. Auf jeden Fall spielten dabei mehre Faktoren eine Rolle.

- Die Nazis sahen sich zunehmend antifaschistischen Widerstand gegenüber. Bürgerliche Bündnisse, antifaschistische Aktivitäten und militante Aktionen ergänzten sich, und übten massiven Druck (direkter und indirekter) auf die Betreiber des Cafés aus.
- Durch konkrete Aktionen wurde das Café materiell geschädigt, und zum Teil junge Rechte oder konservativ-rechte als potentielle Gäste abgeschreckt. Im Café verkehrten „nur" noch organisierte Nazis, die sich den Faschisten direkt zugehörig fühlten und auch Auseinandersetzungen mit AntifaschistInnen in Kauf nahmen. [In einem Schlußschreiben gab ex-Café-Betreiber Andreas Voigt bekannt, daß er für sein Café keinen ausreichenden Versicherungsschutz mehr finden würde]
- Der öffentliche Druck stieg. Die Ex-Hausverwaltung wurde bereits durch einen Offenen Brief im Sommer 1998 auf das Café aufmerksam gemacht. Ein Protestschreiben an die jetztige Verwaltung folgte. Zudem erkundigte sich zum Beispiel das Gewerbeamt bei uns, weil es bei der Anmeldung des Cafés Unstimmigkeiten gab [Betreiber und Inhaber müssen übereinstimmen, was hier nicht der Fall war, Inhaberin war eine Nadine Körtegast].
- Der Protest gegen das Café wurde auf eine bürgerlich höhere Ebene gehoben. Kleine Anfragen im Abgeordnetenhaus sowie die Beteiligung von LokalpolitikerInnen am Bündnis sorgten für den entsprechenden parteipolitischen Protest
- Durch das öffentliche Interesse wurden selbst die Bullen genötigt, gegen das Café aktiv zu werden, und zum Beispiel ständig mit Staatsschutz präsent zu sein, was von den Nazis sicher als äußerst störend empfunden wurde.
- Dem neuen Berliner Innensenator oder auch der Bundesregierung schreiben wir wenig bis keinen Einfluß zum Ende des Café Germanias zu.

Zum Schluß

Die Kampagne gegen das Café Germania war ein voller Erfolg. Ein Pilotprojekt der Nazis konnte durch breiten antifaschistischen Widerstand verhindert bzw. vorerst gestoppt werden.

Auch beim erneuten Versuch der Nazis, ein vergleichbares „Projekt" zu starten, müssen aktive und organisierte AntifaschistInnen dagegen aktiv werden. Wir werden in diesem Falle neu einschätzen, in welcher Form wir es für uns als realisierbar erachten, aktiv zu werden.

Auch weiterhin: Antifa heißt Angriff! Organisiert den revolutionären Widerstand!

AAB, Januar 1999

Kontakt:
Antifaschistische Aktion Berlin • Engeldamm 68
10179 Berlin • Tel. / Fax: (030) 27 56 07 56 / -55
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aab

Antifaschistische Aktion Berlin organisiert in der:



anschlag auf den faschistischen kriegsklotz in hamburg

heute nacht haben wir auf das sogenannte '76er denkmal am stephansplatz (besser bekannt als "kriegsklotz") ein anschlag veruebt. dieses denkmal ist einem infanterie-regiment, das am deutsch-franzosischen krieg 1870/71 und am 1.weltkrieg teilnahm, gewidmet.

das denkmal wurde 1936 mit einer pompoesen propagandaveranstaltung der nazis eingeweiht. das auf dem denkmal stehende gedichtzitat "deutschland muss leben und wenn wir sterben muessen" (aus "soldatenabschied" von heinrich lersch) untermauerte die herrschende blut- und boden-ideologie des deutschen faschismus. der spruch suggeriert einerseits, dass deutsche morde und verbrechen im 1.weltkrieg nicht aggression gewesen, sondern allein zur verteidigung notwendig waren, und verfaelscht somit die geschichte. andererseits wird deutschland als ein lebendes, hoeherstehendes wesen dargestellt, fuer dessen ueberleben eine raeumliche expansion nach damaliger ideologie dringend erforderlich sei (die 3 jahre spaeter bekanntlich auch stattfand). in kombination mit der neben dem denkmal angebrachten schrifttafel "grostaten der vergangenheit sind brueckenpfeiler der zukunft" liest sich das gedichtzitat als aufforderung, auch heute noch fuer das "deutsche vaterland" - ein herrschaftslegitimierendes und ausgrenzendes konstrukt einer deutschen nation - zu marschieren, zu morden und zu sterben.

obwohl das denkmal seit 1945 umstritten ist, wurde es bisher nicht demontiert, sondern traegt - gut gepflegt - immer noch an einer exponierten stelle der stadt seine widerliche botschaft zur schau.

deutschland muss sterben damit wir leben koennen

unsere aktion ist kein akt blinder zerstoerungswut, sondern richtet sich gegen diese militaristische und nationalistische ideologie, die auch heute noch in deutscher standortpolitik und in grossteilen der deutschen gesellschaft praesent ist.

wir fordern euch alle auf, den von uns begonnenen abriss des gesamten faschistischen denkmals und der schrifttafeln fortzusetzen.

schluss mit militaristischen und nationalistischen traditionen und ideologien! keine voelkisch-nationalen denkmaeler in hamburg und anderswo'

diskussionskreis "eine starke truppe"

gruppe Venceremos
c/o Infoladen Daneben
Liebigstr.34
10247 Berlin
venceremos@excite.com

Vorbereitungstreffen 1.Mai
Sonntag, den 14. 2. 1999
Um 19 Uhr im Blauen Salon
(Mehringhof, 2. Stock)

1. Mai – was tun ?

Deshalb laden wir zu einem Vorbereitungstreffen ein:

Und wieder einmal ..

Und wieder einmal naht der 1. Mai. Und wieder einmal wird es eine Auseinandersetzung darüber geben, ob es „1. Mai – 13 Uhr O – Platz" oder „1. Mai – 13 Uhr RL – Platz" heißen soll. Und wieder einmal wird dabei der Inhalt auf der Strecke bleiben. Anstatt eine inhaltliche Auseinandersetzung zu führen, versteifen sich beide Seiten auf „bewährte Traditionen" der Routenführung : Hier die O – Platz - TraditionalistInnen mit ihrem 87'er – Mythos ----- dort die AAB mit ihrem Mythos „Kollwitzplatz". Westkiezdemo gegen Ostkiezdemo.

Auch wir haben keine Lust unter Mao - oder Stalin – Bannern durch die Straßen zu ziehen, aber ebensowenig reizt es uns, eine alternative Love – Parade durch den Prenz'lberg garniert mit etwas Politkrams, homophoben/ frauenfeindlichen Sprüchen und der Aussicht auf mitunter mackerhafte Action zu veranstalten.

Wir wollen den diesjährigen 1. Mai wieder stärker inhaltlich füllen. Dabei sollte nicht die Route im Vordergrund stehen, sondern die Frage, was wir an diesem Tag vermitteln wollen. Ein diffuses Irgendwie-links-und-unzufrieden-mit-dem-was-gerade-abläuft-sein oder eine deutliche Artikulation wofür und wogegen wir kämpfen ? Der 1. Mai sollte kein Aufmarsch um der Tradition willen sein, an dem man/frau seine verstaubten roten Fahnen herausholt, viel mehr sollte er zur Gegenwart in Bezug gesetzt werden.

Deutschland halt's Maul !!!

Im Jahr des Regierungsumzugs und damit dem Gründungsjahr der „Berliner Republik" heißt das, das zunehmende Großmachtstreben des „endlich wieder selbstbewußten Deutschlands" und den damit einhergehenden Rassismus und Antisemitismus zu thematisieren und anzugreifen. Das „neue Deutschland" versucht derzeit erfolgreich, sich seiner Vergangenheit, des Nationalsozialismus und insbesondere des Holocausts, zu entledigen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Debatte um das Holocaustdenkmal : An ihr wird deutlich, daß inzwischen ein nationaler Konsens darüber besteht, einen Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit zu ziehen und die „deutsche Volksgemeinschaft" gegen alle „verschwörerischen Angriffe" von außen zu verteidigen.

Dabei reicht die Front von Intellektuellen wie Martin Walser, dem das Gedenken an Auschwitz ein lästiges Ritual ist, bis zum deutschen Stammtischbruder mit seinem üblichen Rassismus.

Von den gewöhnlichen Nazis, die ein Schwein mit der Aufschrift „Ignatz Bubis" über den Alexanderplatz trieben, bis zu Gerhard Schröder, der die Interessen der deutschen Industrie gegen Entschädigungsforderungen ehemaliger ZwangsarbeiterInnen schützt. Von den „unpolitischen Jugendlichen", die das Grab Heinz Galinskis geschändet haben, bis zum Ex-RAF – Anwalt und heutigen Bundesinnenminister Otto Schily mit seiner ausländerfeindlichen „Das Boot ist voll" – Propaganda. Von den „Einzeltätern" in der Bundeswehr, die unter „Sieg – Heil" – Rufen Jagd auf „AusländerInnen" machen, bis hin zur CDU/CSU mit ihrer rassistischen Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft („gefährlicher als die RAF zu ihren Hochzeiten" Zitat von Edmund Stoiber), deren Ziel es ist, den „deutschen Volkskörper reinzuhalten".

Rassismus und Antisemitismus sind keine Geisteshaltungen, durch die man/frau sich gesellschaftlich isolieren würde, sondern Teil der „deutschen Normalität". Dies führt zu einer Situation, in der es sich sogar die sudetendeutschen Vertriebenenverbände ganz im revisionistischen Zeitgeist erlauben können. die TäterInnen-/Opferrolle umzudrehen, und ihrerseits Entschädigungsansprüche an die Tschechische Republik zu stellen.

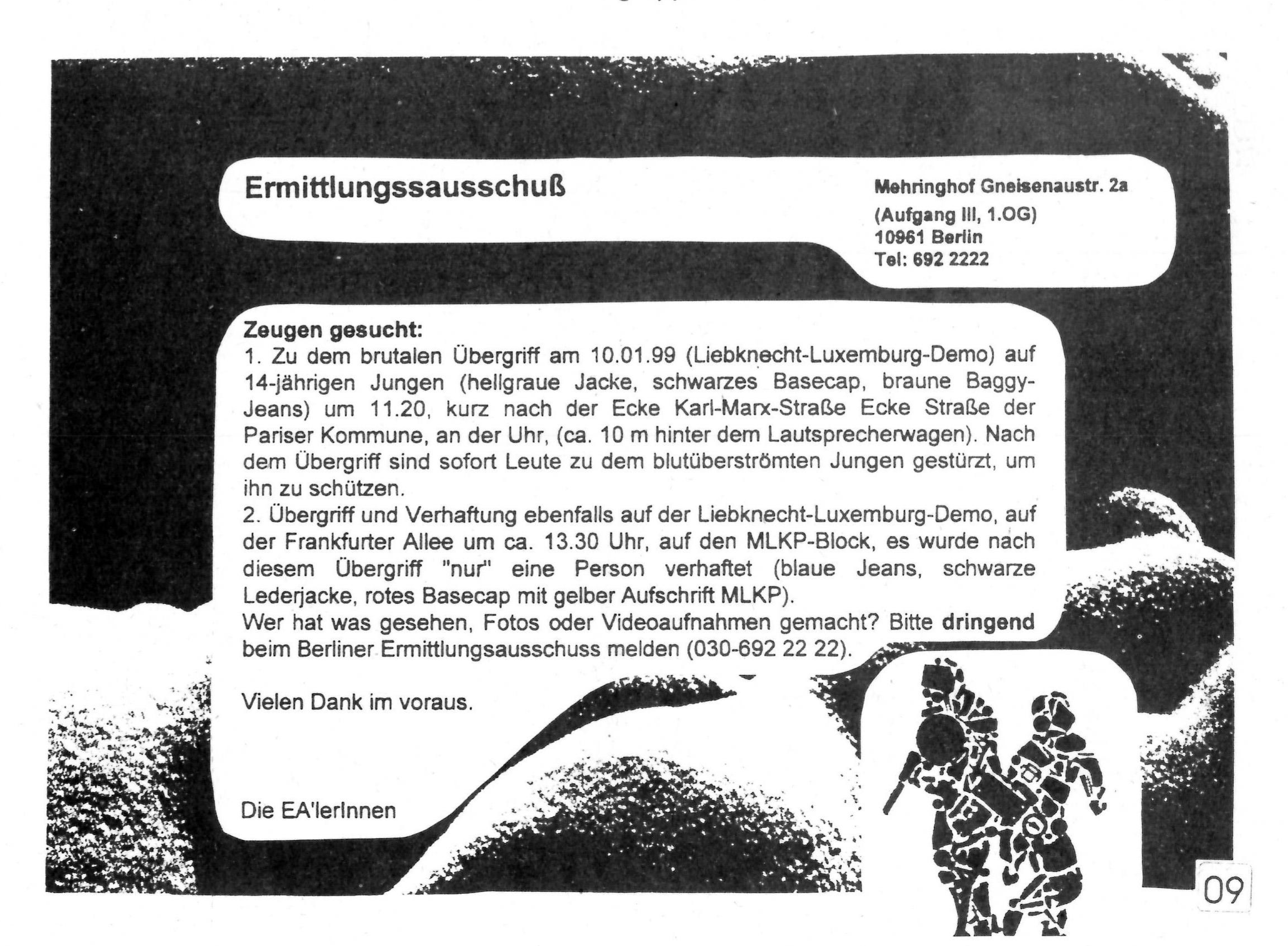
Den Gipfel stürmen !

Auf drei internationalen Großereignissen will sich die BRD in den nächsten beiden Jahren als moderne, normal zivilisierte Großmacht präsentieren. Als Kulisse dafür sollen im Juni ´99 in Köln der EU- und Weltwirtschaftsgipfel und im nächsten Jahr die Expo 2000 in Hannover dienen. Insbesondere der EU-Gipfel stellt für die „neue", rot-grüne Regierung eine ernstere außenpolitische Bewährungsprobe dar: Nach einem halben Jahr deutscher Ratspräsidentschaft wird es darum gehen, die deutsche Hegemonie angemessen-medial in Szene zu setzen. Auf dem zwei Wochen später stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel, dem Treffen der sieben reichsten Staaten der Erde, wird ein weiterer Ausschnitt aus der same old story des Kapitalismus aufgeführt werden. Titel: Wie können auf höchster Regierungsebene die Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen des Nordens in effektive, polit-ökonomische Strategien gegossen werden.
Wie in der Vergangenheit sollte auch der Kölner Herrschaftsevent nicht ungestört bleiben. Wenn es Bestandteil linksradikaler Politik ist, gesellschaftliche Prozesse in der BRD mit weltweiten Entwicklungen in Beziehung zu setzen, sollte der diesjährige 1. Mai auch als Auftakt für den Kölner Gipfelsturm genutzt werden.

Also...

Was liegt angesichts des Regierungsumzugs also näher, als dieses Jahr den „Zentren der Macht" einen Besuch abzustatten. Warum sich in den Kiez zurückziehen und kleine Plattenläden demolieren, wenn man/frau die Möglichkeit hat, durch Daimler – City zu laufen. Warum also dieses Jahr nicht vom Rosa – Luxemburg – Platz nach Mitte gehen, anstatt alles daran zu setzen, zu den Yuppie- Kneipen am Kollwitz – Platz zu gelangen ? Warum in Kreuzberg bleiben, anstatt lautstark ins Zentrum einzuziehen ?
Nicht immer einfach alles so hinnehmen wie es ist ! Weder die gesellschaftlichen Verhältnisse, noch den 1. Mai !

gruppe Venceremos



Ermittlungssausschuß

Mehringhof Gneisenaustr. 2a
(Aufgang III, 1.OG)
10961 Berlin
Tel: 692 2222

Zeugen gesucht:
1. Zu dem brutalen Übergriff am 10.01.99 (Liebknecht-Luxemburg-Demo) auf 14-jährigen Jungen (hellgraue Jacke, schwarzes Basecap, braune Baggy-Jeans) um 11.20, kurz nach der Ecke Karl-Marx-Straße Ecke Straße der Pariser Kommune, an der Uhr, (ca. 10 m hinter dem Lautsprecherwagen). Nach dem Übergriff sind sofort Leute zu dem blutüberströmten Jungen gestürzt, um ihn zu schützen.
2. Übergriff und Verhaftung ebenfalls auf der Liebknecht-Luxemburg-Demo, auf der Frankfurter Allee um ca. 13.30 Uhr, auf den MLKP-Block, es wurde nach diesem Übergriff "nur" eine Person verhaftet (blaue Jeans, schwarze Lederjacke, rotes Basecap mit gelber Aufschrift MLKP).
Wer hat was gesehen, Fotos oder Videoaufnahmen gemacht? Bitte **dringend** beim Berliner Ermittlungsausschuss melden (030-692 22 22).

Vielen Dank im voraus.

Die EA'lerInnen

Am Mittwoch, den 13. Januar wurden in Berlin (mindestens) 2 Menschen von MitarbeiterInnen des Verfassungsschutzes angesprochen. Dieses Mal zeigten die Schlapphüte besonderes Interesse an der Anti-Atom-Bewegung und den JungdemokratInnen.

Wenn der V-Mann plötzlich klingelt...

Patrick P., seit wenigen Tagen im Vorstand der Berliner JungdemokratInnen, erhielt überraschenden Besuch. An seiner Wohnungstür sollte er als Informant für das Landesamt für Verfassungsschutz geworben werden ■ Von Otto Diederichs

Am Nachmittag des 13. Januar klingelt es bei Patrick P. in Prenzlauer Berg. Vor der Wohnungstür steht ein Mann um die dreißig. Jeans, modische Daunenjacke, normaler Kurzhaarschnitt, keine besonderen Merkmale. Er komme vom Landesamt für Verfassungsschutz und würde gern einmal mit ihm reden, sagt der Besucher. Irritiert bittet der zwanzigjährige Zivildienstleistende ihn herein. „Ich wollte schon wissen, was der will, aber nicht im Treppenhaus mit ihm reden."

Im Flur verlangt Patrick P. zunächst den Dienstausweis. Damit hat der Gast keine Probleme. Es gebe da beim Verfassungsschutz eine Arbeitsgruppe, erklärt er, die sich mit politischen Extremisten beschäftige. „So Leuten wie Sie." Was das heißen soll, will Patrick P. wissen. Der Mann vom Amt rudert zurück. So sei das nicht gemeint gewesen. Der Verfassungsschutz müsse sich nun mal mit linken und rechten Extremisten beschäftigen. Hierzu unterhalte man Kontakte zu Leuten der „verschiedensten Szenen". Auch suche man ständig nach neuen Mitarbeitern. Dabei sei eben auch Patricks Name gefallen und nun wolle er einmal nachfragen, ob nicht Interesse an so einer Mitarbeit bestehe.

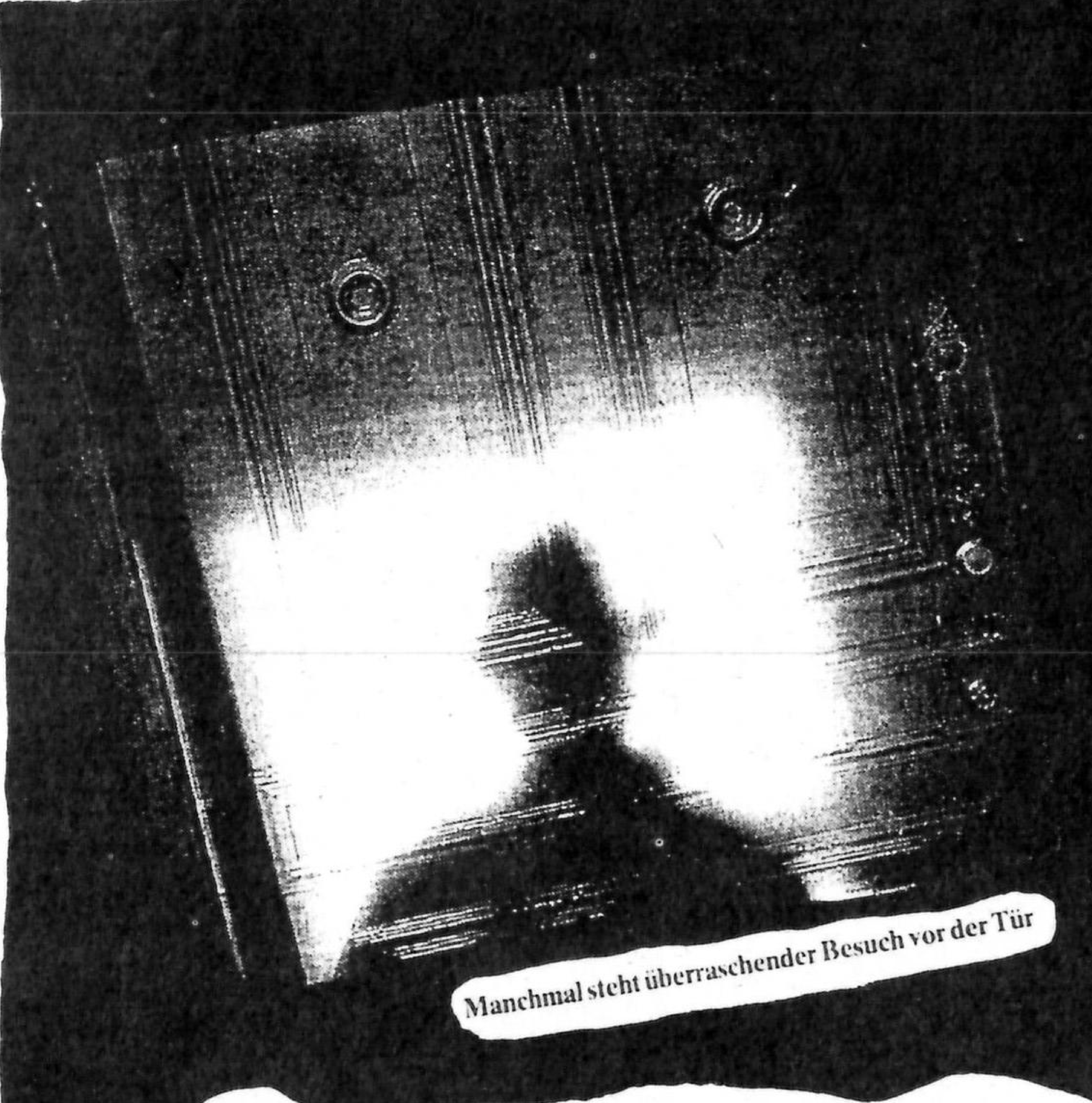
Daß Patrick P. verneint, findet der Mann bedauerlich. Aber vielleicht wisse er von anderen, die hier offener seien. Namen, Adressen? Als P. wieder ablehnt, hat der Spitzelwerber es plötzlich sehr eilig, verabschiedet sich höflich und geht. Das Gespräch hat nur ein paar Minuten gedauert. Nicht einmal den Namen hat sich der verunsicherte Patrick P. gemerkt. Aber der wäre ohnehin falsch gewesen. Nachdem er sich von seiner Verwirrung erholt hat, informiert Patrick zunächst Freunde und dann den Landesvorstand der JungdemokratInnen/Jungen Linken über den Anwerbeversuch.

In deren Vorstand war der junge Zwickauer, der seit anderthalb Jahren in Berlin lebt, fünf Tage vor dem Besuch gewählt worden. Die grauen Herren hatten also rasch reagiert. Rund 150 Mitglieder zählt der Jugendverband in Berlin. Entstanden ist er 1992 aus der Vereinigung der im grün-alternativen Spektrum angesiedelten JungdemokratInnen und der Marxistischen Jugendvereinigung Junge Linke der früheren DDR. Dementsprechend pendeln seine Mitglieder heute irgendwo zwischen Bündnisgrünen und PDS. Ganz zu Hause sind sie bei keiner der Parteien, seit sie sich 1982 von ihrer damaligen Mutterpartei, der FDP, lossagten, weil diese im Bundestag eine Koalition mit der CDU eingegangen war.

So richtig versteht Patrick P. denn auch nicht, wie die Verfassungsschützer ausgerechnet auf ihn gekommen sind. Damals in Zwickau hatten sie „Schwierigkeiten mit den Glatzen". Deshalb hat er dort in der Antifa mitgearbeitet, „aber über Plakatekleben sind wir nicht rausgekommen". Im letzten Jahr bei der Demonstration gegen den NPD-Aufmarsch in Saalfeld ist er überprüft und kurzfristig festgenommen worden. Wie viele andere auch.

Bei den JungdemokratInnen/Jungen Linken arbeitet er nun im Arbeitskreis „Rechte Theorien" mit und koordiniert im Vorstand die Aktivitäten zum Themenkreis Innere Sicherheit. In dieser Funktion allerdings ist er an Bündnisverhandlungen und Aktionsvorbereitungen beteiligt – zumindest darüber informiert.

Vermutlich liegt hier der Grund für das Interesse der Geheimen an Patrick P. Beim Landesamt gibt man sich, wie in der Branche üblich, verschlossen. Über den „Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel machen wir öffentlich generell keinerlei Aussagen", heißt es dort. „Über solche Dinge redet der Verfassungsschutz nicht."



Manchmal steht überraschender Besuch vor der Tür

Fakten, Fakten, Fakten

Am 18. Oktober 1998 ging die bundesweite Herbstkonferenz der Anti-Atom-Bewegung zu Ende; bereits in ihrer Ausgabe 1/99 berichtete die Nachrichtenillustrierte *Focus* über das Ereignis. Die Verspätung ist einem etwas trägen Korrespondentennetz geschuldet: Unter der Überschrift »Radikale rüsten zum Kampf« referiert das Markwort-Zirkular praktisch ausschließlich die Inhalte eines bisher noch nicht veröffentlichten Dossiers des Bundesamtes für Verfassungsschutz (VS). Rechtzeitig zu den Koalitionsgesprächen über ein neues Atomgesetz kam der Bericht aber dann doch noch.

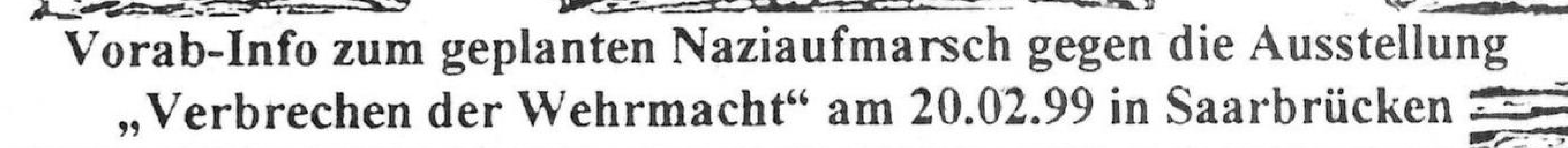
Doch die von Geheimdienst-Schreiber zu Geheimdienst-Abschreiber bereits weitergereichten angeblichen Erkenntnisse reichen den Geheimen in Köln noch nicht. Am Mittwoch vergangener Woche klingelte bei Ulrich Bahr, der für die *Jungle World* über die Herbstkonferenz berichtet hatte (*Jungle World*, Nr. 43/98), eine höfliche Dame, die sich zunächst als Politologin vorstellte, die über bundesweite Entwicklungen innerhalb der Anti-Atom-Bewegung schreibe und Menschen suche, die sie dabei unterstützten. Nachdem die Dame sich als Mitarbeiterin des Bundesamtes für Verfassungsschutz geoutet hatte, die auf Bahr wegen seines auch gegenüber der Bewegung kritischen Artikels in der *Jungle World* aufmerksam geworden sei, wurde sie vor die Tür gesetzt.

Rassistische Hetzkampagne der CDU in Freiburg verhindert !

Da die Freiburger CDU als sooo unheimlich liberal bekannt ist, befürchteten die Parteioberen Kritik an ihrer rassistischen Unterschriftenkampagne aus den eigenen Reihen, und planten deshalb am Donnerstag den 4.2.99 eine Informationsveranstaltung um die Basis auf Parteilinie zu bringen. Dazu luden sie den Innenminister von Baden-Württemberg und Parteirechtsaußen Thomas Schäuble ein (Ja, das ist der Bruder von Wolfgang). Aber außer den CDU Anhängern kamen auch ca. 150 Menschen die gegen den Rassismus der CDU protestieren wollten. Und so kam es, daß der arme Innenminister nicht zu Wort kam und die Veranstaltung abgebrochen wurde. Aus Angst vor „weiteren massiven Ausschreitungen" (so die Badische Zeitung) sagte die CDU daraufhin auch den geplanten Infostand in der Innenstadt ab und sammelt die Unterschriften nunmehr lediglich in den eigenen Reihen.
Diesen Erfolg wünschen wir allen die sie sich gegen den Rassismus der CDU zu Wehr setzten!

Kampf dem Rassismus !
Bleiberecht für alle !

Der geistige Brandstifter



Vorab-Info zum geplanten Naziaufmarsch gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" am 20.02.99 in Saarbrücken

Vom 22. Februar bis zum 28. März wird die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" im VHS- Zentrum in Saarbrücken gezeigt. Für den 20.02. rufen die Jungen Nationaldemokraten und das „Aktionsbündnis gegen Anti-Wehrmachtsausstellung" zu einer Demonstration des „Nationalen Widerstandes" in Saarbrücken auf. Unterstützt wird das Aktionsbündnis von Stahlhelm LV Saar und Pfalz, NPD LV Saar, Freundeskreis Saar-Pfalz, Blood & Honour Saar, sowie Einzelmitgliedern von REP und DVU. Treffpunkt der Faschisten ist um 12 Uhr auf dem Parkplatz der Kongreßhalle. Mobilisiert wird derzeit über Internet und angekündigt ist eine Mobilisierung über alle Nationalen Infotelefone.
An diesem Tag sollen verschiedene Gegenaktivitäten stattfinden. Geplant ist ein dezentrales Konzept, mit mehreren Kundgebungsorten und Kleingruppenaktivitäten. Am späten Nachmittag soll eine Antifa Demonstration unter dem Motto „Zusammen gehört uns die Zukunft - organisiert den antifaschistischen Widerstand" in der Saarbrücker Innenstadt stattfinden, um nach den Gegenaktivitäten eigene Inhalte auf die Straße zu bringen „und an diesem Tag das letzte Wort zu haben". Das Obermotto für alle Aktivitäten autonomer AntifaschistInnen an diesem Tag lautet: „Es ist unsere Stadt - Kein Fußbreit den Faschisten"

Wir fordern alle antifaschistischen Gruppen und Organisationen dazu auf, sich an den antifaschistischen Gegenaktivitäten zu beteiligen!!!

Ab dem 05.02.99 ist unter der Rufnummer **0177/4514663** unser Infotelefon zu erreichen. Entweder sind wir selbst dran oder es gibt die neusten Infos auf Band. Ab dem 19.02.99 ist das Infotelefon rund um die Uhr besetzt. Gebt uns bitte so schnell wie möglich Bescheid ob und mit wievielen Leuten Ihr kommt und ob ihr Pennplätze benötigt, um uns die Planung zu erleichtern.

Weitere Infos folgen noch!

mit antifaschistischen Grüßen

Antifa Saar und Antifaschistische Aktion Neunkirchen

Antifa Saar
c/o Verein für kommunikatives Leben & Wohnen e.V.
Postfach 103 207
66032 Saarbrücken
Scall: 016810/9469992
Antifaschistische Aktion Neunkirchen
c/o Verein für kommunikatives Leben & Wohnen e.V.
Postfach 103 207
66032 Saarbrücken
Scall: 016930/5729150







Neoliberale Standortpolitik und Krise der Lohnarbeit

Prekär leben und sparen

"Wir sind von einer neuen Krankheit befallen, deren Namen einige Leser noch nicht gehört haben mögen, von der sie aber in den nächsten Jahren noch recht viel hören werden, nämlich technologischer Arbeitslosigkeit. Das bedeutet Arbeitslosigkeit, weil unsere Entdeckung von Mitteln zur Ersparung von Arbeit schneller voranschreitet als unsere Fähigkeit, neue Verwendung für die Arbeit zu finden." John M. Keynes (1956: S. 267).

Der politische Mainstream überbietet sich mit Schlagworten, wenn es um die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit geht. Doch nicht Arbeitslosigkeit selbst ist das Problem, sondern sie wird es erst dadurch, daß Einkommens- und Lebenschancen mit Erwerbsarbeit verknüpft sind. Nach wie vor ist das Leitbild des sog. Normalarbeitsverhältnisses wirksam (Vollzeit, Tarifvertrag, Sozialversicherung, unbefristet...) - sowohl hinsichtlich gesellschaftlicher Anerkennung und Selbstachtung als auch hinsichtlich des Zugangs zu materiellen Gütern und Dienstleistungen. Allerdings ist das Wirtschaftssystem nicht mehr in der Lage, allen den Zugang zu einem solchen Arbeitsverhältnis zu gewährleisten. Umgekehrt könnte die Existenz von Massenarbeitslosigkeit dem Individuum ermöglichen, über einen größeren Anteil an Zeit frei zu verfügen.

1. Wie ist das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit entstanden?

Prinzipiell ist der entscheidende ursächliche Faktor struktureller Arbeitslosigkeit zunächst eine Steigerung der Produktivität, das heißt die Senkung der zur Herstellung eines bestimmten Gutes erforderlichen menschlichen Arbeitszeit. Bis in die 70er (d.h. während der Phase des Fordismus) konnten die so freigesetzten Arbeitskräfte durch die Entstehung neuer Industriezweige und durch die Ausweitung des Dienstleistungssektors weitgehend aufgefangen werden. Während zunächst die Erhöhung der Produktivität neben dem Einsatz von Maschinen vornehmlich durch tayloristische Arbeitsorganisation erzielt wurde, tritt nunmehr die Automatisierung von Arbeitsprozessen mittels Computertechnik und Roboter sowie eine Intensivierung der gesamten Organisations- und Produktionsabläufe (z.B. just-in-time Produktion usw.) in den Vordergrund. Das Ausmaß der überflüssig gewordenen menschlichen Arbeitskraft übertrifft dabei bei weitem das Potential neuer Produktions- und Dienstleistungszweige, neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen. Dem so entstandenen Überangebot an gering und durchschnittlich qualifizierten Arbeitskräften steht eine steigende Nachfrage nach hochqualifizierten Kräften gegenüber, die die automatisierten Produktionsprozesse steuern und durch Innovationen effektivieren. Dieser Trend zeigt sich auch im Dienstleistungsbereich, in dem bestimmte Arbeitsvorgänge zunehmend durch Computer erledigt werden (z.B. Homebanking). Ein Beispiel dafür wäre, daß "1920 (...) noch 85% des für den Bau eines Autos aufgewandten Geldes an Arbeiter und Investoren (gingen). 1990 belief sich deren Anteil nur noch auf 60%, die restlichen 40% gingen an Designer, Ingenieure, Stylisten, Planer, Strategen, Finanzexperten, Manager, Anwälte, Werbe- und Absatzfachleute usw." (J.Rifkin, 1995, S. 140). Hiermit geht entsprechend ein stärkeres Lohngefälle einher.

Lohndumping und Standortpolitik

Zur tendenziellen Verbilligung der durchschnittlich ausgebildeten Arbeitskraft durch Überangebot kommen Lohndumpingmechanismen hinzu, die von einem sich verschärfenden Standortwettbewerb und dem damit einhergehenden Abbau des Sozialstaats hervorgerufen werden. Hierbei sind zwei Entwicklungen zu berücksichtigen:

- Die zunehmende Verflechtung des Welthandels führt zu einer Konkurrenz zwischen Nationalstaaten, in der durch vergleichsweise hohe Löhne und Lohnnebenkosten sowie Steuern verursachte Produktionskosten zu einem Standortnachteil werden.

- Transnationale Konzerne nehmen die Möglichkeit wahr, die Entscheidung über den Standort ihrer Produktion (sowohl den der Endproduktfertigung als auch den der Zulieferbetriebe) unter anderem von den jeweiligen Lohnkosten abhängig zu machen. Sie sind "in immer stärkerem Maße in der Lage, den Produktionsprozess in unterschiedliche Stufen zu untergliedern und diese jeweils (...) in dem Land mit größten komparativen Vorteilen anzusiedeln, woraus eine Ausweitung des Handels mit Vorprodukten und Halbfertigwaren erfolgte." (J. Perraton u.a., 1998, S.146).

Dies versetzt transnationale Konzerne in die Position, durch die bloße Androhung der Produktionsverlagerung erheblichen Einfluß auf die Politik der jeweiligen Nationalstaaten zu nehmen. Die Rede von der "Globalisierung" ist - neben den realen Veränderungen in der Ökonomie - ein diskursives Instrument, mit dem Unternehmen/Arbeitgeberverbände gegenüber Regierungen die sog. "komparativen Vorteile" sozusagen präventiv einfordern. Desweiteren dient die Rede von den Sachzwängen der Globalisierung Regierungen dazu, Kürzungen im Sozialbereich zu legitimieren.

2. Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse

In der BRD ist etwa die Hälfte der 40 Mio. Erwerbspersonen, also etwa 20 Mio. arbeitslos oder prekär beschäftigt (inclusive ABM und Umschulung/Weiterbildung).

Prekäre Arbeitsverhältnisse zeichnen sich durch eines oder mehrere der folgenden Merkmale aus:

- aufgeweichter oder nicht vorhandener Rechtsschutz und Kündigungsschutz
- Die Lohnhöhe ist nicht tariflich festgelegt bzw. schwankt, da sie "leistungsbezogen" ist bzw. reicht oftmals nicht aus, die Lebenshaltungskosten zu decken.
- fehlende Mitbestimmung durch Betriebsräte o.ä.
- Unstetigkeit der Beschäftigung: die Wochen- oder Monatsarbeitszeit schwankt und kann so zu Unsicherheiten in der Lebensplanung führen (Arbeit auf Abruf etc.).
- Fehlende Sozialversicherung: kein Krankengeld, keine Rentenansprüche, kein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung

Beispiele für prekäre Arbeitsverhältnisse sind Scheinselbständigkeit, Leiharbeit, Ein-Personen-Dienstleistungsbetriebe, 620-Mark-Jobs usw.

Eine Beschäftigung muß noch nicht prekär sein, wenn sie bloß eines dieser Merkmale aufweist. Die Zunahme der Prekarisierung, d.h. das vermehrte Auftreten dieser Merkmale in verschiedensten Kombinationen, führt zu einem Ausbau des Niedriglohnsektors, dem Abbau sozialer Leistungen und somit insgesamt zu einer Verschlechterung der Lage der Arbeiten- wollenden und Arbeiten-Müssenden.

Gender & Prekarisierung

Frauen finden sich traditionell eher in Arbeitsplätzen, die niedrigere Qualifikationen erfordern oder erst gar nicht als Arbeitsplätze anerkannt werden (Reproduktionsarbeit). (Die Erwerbsquote von Frauen beträgt in der BRD seit den 80er Jahren ca. 50%, davon sind immerhin 34% Teilzeitarbeitsplätze (4% bei Männern), die Bezahlung von Frauen entspricht im Durchschnitt - wie auch im übrigen Europa - ca. 75% der Bezahlung von Männern) . Die Beschäftigung von Frauen wird - ebenso wie die von ImmigrantInnen - häufig niedriger entlohnt. Die Ausweitung von Niedriglohnjobs bringt zwar auch die Ausweitung der Beschäftigung von Frauen insgesamt mit sich, aber eben zu schlechten Bedingungen. Die Zunahme weiblicher Beschäftigung in der Erwerbsarbeit ist also oft in keinster Weise Folge der Angleichung geschlechtsspezifischer Arbeitsbedingungen, sondern umgekehrt Folge des allgemeinen Lohndumpings. Diese Arbeitsplätze sind meist lokal gebunden und werden deshalb bei der gängigen Globalisierungsdebatte, die die Ortsungebundenheit durch Mobilität und Technisierung ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt, nicht berücksichtigt. Sie bilden jedoch die materielle, produktionsbezogene Grundlage dieser Entwicklung. Eine wichtige Rolle bei der Ausbreitung von Niedriglöhnen spielt der "informelle Sektor": Heimarbeit, Straßenverkauf, Botendienste, illegale Arbeit - und Freie Produktionszonen.

Diese breiten sich z.B. in der Textilökonomie verschiedener Trikont-Länder in Mittelamerika und Südostasien aus: Dort lassen z.B. Nike und Adidas unter brutalsten Arbeitsbedingungen und unter jeglicher Abwesenheit sozialer Absicherung durch andere Unternehmen produzieren, eine Mehrzahl der ArbeiterInnen stellen jeweils Frauen. Doch auch in der USA und in der EU-Peripherie (Irland, Griechenland, Portugal, Spanien) nimmt informelle Beschäftigung zu. Die informelle Beschäftigung beruht zu einem beträchtlichen Teil auf der Aufsplitterung der Unternehmensstrukturen: Großkonzerne vergeben ihre Aufträge an Zulieferer und Subunternehmen ohne Tarifverträge und gewerkschaftliche Präsenz.

Zusammenfassung:

- Die Arbeitsbedingungen (Lohnhöhe, sonstige Sicherheiten und Rechte) verschlechtern sich: der Preis der Ware Arbeitskraft verbilligt sich OECD-weit, die Kaufkraft der Lohnabhängigen sinkt, die Erhaltung grundsätzlicher Bestimmungen des Arbeitsrechts wird durch Informalisierung der Arbeitsverhältnisse zunehmend umgangen.
- Der Arbeitsmarkt wird stärker als bisher in verschiedene Segmente aufgesplittet, die untereinander wiederum stark hierarchisiert sind und sich hinsichtlich Bezahlung und Bedingungen unterscheiden - sowohl entlang von Geschlecht und Ethnie wie auch von Hoch- und Niedriglohnsektoren zwischen und innerhalb von Branchen.
- Betriebliche Mitbestimmung wird zurückgedrängt und Umverteilung durch Tarifabschlüsse findet quasi nicht mehr statt.

3. Arbeit ist Opium für das Volk

Unter einer sozialdemokratischen Regierung ist eine Ausbreitung des staatlich geförderten oder unterstützten Niedriglohnsektors zu erwarten in Form von Zwangsarbeit für Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld-EmpfängerInnen mit Modellen wie "Arbeit statt Sozialhilfe", "Kombilohn" usw. Wahrscheinlich ist außerdem eine Einbeziehung der 620-Mark-Jobs in das Sozialversicherungssystem.

Der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit orientiert sich am Fetisch Arbeitslosenzahlen. Dies ist Ausdruck des starren Festhaltens an der Kopplung von Arbeit und Einkommen: Einfachste Handlungsmaxime der Sozialdemokraten - auch in anderen EU-Staaten wie Belgien und Großbritannien - die sich zudem in den neoliberalen Trend einfügt, ist also die Schaffung von Niedriglohnjobs und die Einführung von Arbeitszwang, um die Zahl der Arbeitslosen zu senken und zudem die Sozialhaushalte von Kosten zu entlasten.

Für die gemeinsame, z.B. gewerkschaftliche Interessenverteidigung und -vertretung ergibt sich in der derzeitigen Beschäftigungsstruktur (Vollzeit-, flexible, prekäre, etc. -Beschäftigung) das Problem, daß die jeweiligen Interessen der Angehörigen der fragmentierten Gruppen untereinander stark divergieren. Für die einen sind flexible Beschäftigungsverhältnisse durchaus von Vorteil, da sie mehr Möglichkeiten der eigenen Lebensgestaltung erlauben (falls gut bezahlt; z.B. längerer (unbezahlter) "Urlaub" usw.), für andere bieten sie eine mangelhafte Absicherung und Kontinuität (vor allem bei längerer Arbeitslosigkeit und zunehmendem Alter), für wieder andere, z.B. Rentner bieten sie ein willkommenes Nebenverdienst. In Betrieben, in denen sowohl eine Kernbelegschaft beschäftigt ist als auch Hilfsarbeiter und andere ArbeiterInnen (Leiharbeit, Zeitarbeit...) prekär beschäftigt sind, stellt sich ebenfalls das Problem der abweichenden Interessen. Eine gegenseitige Solidarität wird dadurch erschwert, daß die Kernbelegschaften aufgrund der defensiven eigenen Situation eher eine Herabstufung auf das Niveau der prekär oder in Zulieferbetrieben Beschäftigten befürchten.

Hinzu kommen die Spaltungslinien entlang rassistischer Kriterien:

Besser bezahlte Arbeit wird eher an Deutsche vergeben und schlechtbezahlte eher an Migrantinnen. Außerdem vertreten Teile der Lohnabhängigen die Ansicht, daß Deutsche gegenüber Nicht-Deutschen in der Verteilung von Arbeit und Einkommen privilegiert werden sollten. Auf Unternehmerseite stellt sich dies als eine günstige Situation dar, in der sie die jeweiligen Gruppen gegeneinander ausspielen kann.

4. Anti-Neoliberalismus: Jenseits des absoluten Wissens

Die neoliberale Standortpolitik orientiert sich am Dogma der neoklassischen Ökonomie, nach dem niedrigere Löhne und niedrigere Steuern für Unternehmen langfristig zu Aufschwung, also: mehr Beschäftigung und höheren Löhnen für alle führen. Die Steuer- und Lohnsenkungen haben zunächst einmal in der BRD dazu geführt, daß die Lohnstückkosten im EU-Vergleich niedriger gestiegen sind als anderswo, was zum Ausbau der Exporte aufgrund dieses Wettbewerbsvorteils geführt hat, aber nicht zu mehr Beschäftigung oder höheren Löhnen in der BRD. Für die exportorientierten deutschen Großkonzerne ist die Wirtschaftskrise längst vorbei! Diese konnten in den letzten 3-4 Jahren ihre Märkte ausweiten und haben Gewinne eingefahren, die sie jetzt zum Aufkauf von anderen Konzernen ausgeben können (siehe VW, Mercedes).

Für die BRD als Nationalökonomie heißt das, daß durch die Abkopplung der Gewinne und der Produktivitätsentwicklung von den Lohneinkommen die Wertschöpfung die Massenkaufkraft "abgehängt" hat und Produktivitätsfortschritte sowie Unternehmensgewinne keine "positiven" Auswirkungen im Sinne eines makroökonomischen Wirtschaftswachstums im Rahmen der Nationalökonomie der BRD haben. Solange die Gewinne eines schmalen Segments von Unternehmen mit immer weniger Beschäftigten nicht umverteilt werden (bzw. die Arbeitsstunden und hohen Löhne der hochqualifizierten Angestellten), wird es weder neue Arbeitsplätze mit akzeptabler Bezahlung noch eine Milderung der Unterkonsumtionskrise geben. Die Unterkonsumtion führt dazu, daß aufgrund mangelnder Nachfrage auf dem Binnenmarkt noch mehr Leute entlassen werden und vor allem kleine und mittlere Unternehmen Probleme bekommen. Statt der Forderung nach mehr Arbeit geht es vielmehr um die Forderung nach einer breiten Beteiligung an den durch die hohe Produktivität erwirtschafteten Gewinnen. Diese Produktivitätsgewinne müssten durch Massnahmen wie einer gerechteren Verteilung von materiellem Reichtum verbunden mit radikalen Arbeitszeitverkürzungen über die ganze Gesellschaft verteilt werden.

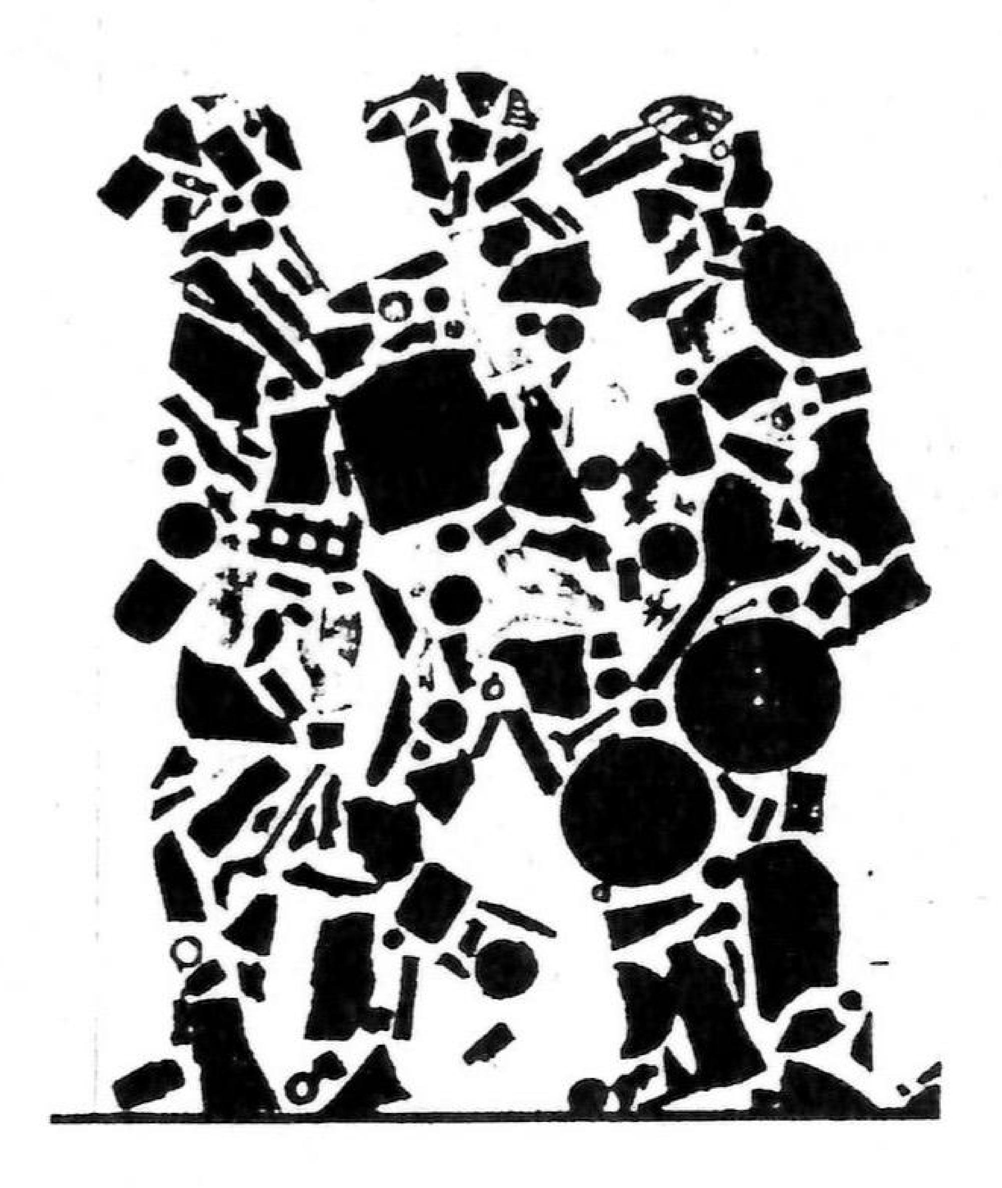
Es muß ins öffentliche Bewußtsein gerückt werden, daß das neoliberale Dogma (dem auch ein Großteil der SPD anhängt), nach dem weitere Kostensenkungen für Unternehmen (z.B. Senkung der Lohnnebenkosten) zu mehr Beschäftigung und mehr Wohlstand führen, kompletter Unsinn ist, daß eine Weiterführung dieser Politik genau das Gegenteil zur Folge haben wird.

Uns bleibt in unserer Position nichts anderes übrig, als die Mythen der herrschenden Wirtschaftspolitik zu entlarven und ihre Rolle bei dem materiellen Ausschluß immer größerer Teile der Bevölkerung sowohl in der BRD wie in der EU als auch international zu beschreiben und unsere Forderungen sowie unseren politischen Widerstand gegen diese umfassende Enteignung von Verfügungsgewalt über das eigene Leben zu artikulieren:

- Entkopplung von Arbeit und Einkommen: Grundsicherung 1500DM + Miete für alle.
- radikale Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung der Arbeit!
- Abschaffung des Arbeitszwangs!

Anti-Neoliberalismus-Gruppe Berlin, September 1998

Jeremy Rifkin (1995): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt a.M./New York;
John Maynard Keynes (1956): Politik und Wirtschaft, Männer und Probleme, Ausgewählte Abhandlungen, Tübingen;
Jonathan Perraton u.a. (1998): Die Globalisierung der Wirtschaft, in: Ulrich Beck (Hg.): Politik der Globalisierung, Frankfurt a. M.
Dean Martin: No roses for a blue lady / AG Neue Heimat: Prekarisierung, beide in: express 4/98, Offenbach
Uwe Becker: Beschäftigungswunderland Niederlande?, in: Das Parlament, aus Poltitik und Zeitgeschichte, 6. März 1998
Brigitte Young: Gender und Globalisierung, in PROKLA, Juli 1998
Michael Wendl: Die SPD - ratlos zwischen Angebots- und Nachfragepolitik, in Widerspruch 34, Dezember 1997, Zürich.





„Globalisierung" - die Sachzwang-Ideologie zur Konkurrenz der Nationen um das internationale Kapital

Peter Decker

Man kann es nicht mehr hören, dieses immer angebrachte, alles erklärende Schlagwort der Wirtschaftspolitik. Denn erstens ist es ein Berufungs- und Rechtfertigungstitel der Mächtigen in Staat und Wirtschaft. Politiker, Unternehmer, Gewerkschafter und Presseleute stellen mit der Formel von der „Globalisierung" und der dazugehörigen „Verteidigung des Standorts Deutschland" als unwidersprechlich richtig und notwendig hin, was sie dem Normalbürger zumuten: die rentabilitätsfördernde Schaffung und die lohnsenkende Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Absenkung der Renten, die Privatisierung der Gesundheitsrisiken, die Auflösung der Flächentarifverträge, die Streichung der Vermögens- und Gewerbekapitalsteuer einerseits, die Erhöhung der Mehrwert- oder Benzinsteuer andererseits - und was der ausdrücklich so genannten „sozialen Grausamkeiten" mehr sind. Alles das muß sein, wenn „wir" als industrielles Land überleben wollen.

Ohne jeden Ton von Entschuldigung plädieren die politischen Macher auf *Ohnmacht gegenüber* diesem unwidersprechlichen *Sachzwang* - und leiten aus dieser Herausforderung des deutschen Standorts Imperative zu einem *neuen, rücksichtslosen Gebrauch ihrer Macht* ab. Die Globalisierung der Märkte, heißt es, lasse eine Lohn-, Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik nach nationalen Traditionen und Gerechtigkeitsvorstellungen nicht mehr zu. Die Grenzen hätten ihre „Schutzwirkung" verloren, seitdem „transnationales Kapital" alle Länder der Erde als Standorte vergleicht und sich zur Niederlassung nur entschließt, wo die Leistungen eines Standorts Weltspitze, seine Kosten dagegen minimal sind. Heute stünden nicht mehr nur die Exportprodukte eines Landes im internationalen Wettbewerb, sondern alle Elemente seines politisch-wirtschaftlichen Innenlebens. Der „ohnmächtig gewordene Nationalstaat" muß es dem Kapital recht machen, sonst haut es ab. Und das will er auch. Dafür reicht seine Macht nämlich schon noch, daß er das Volk neuen Lebensbedingungen unterwirft und seinen inneren Laden im Interesse einer politisch herbeigeführten Steigerung der Kapitalrendite umkrempelt.

Die Verkünder des aktuellen Sachzwangs legen keinen Wert auf eine Differenz zwischen einem besseren sozialen Wollen, das leider nicht geht, und einem bedauernswerten Müssen. Sie entschuldigen sich für nichts, sondern danken es der „Globalisierung", daß sie *„Fehlentwicklungen unserer Wohlstands-"* und *„Verkrustungen unserer Konsensgesellschaft"* aufgedeckt hat, die sowieso beseitigt gehören, und *„unhaltbare Besitzstände"* - gemeint ist nicht der wirkliche Besitz! - endlich unhaltbar gemacht hat. Damit geben sie selbst bekannt, daß der Sachzwang, auf dessen Unwidersprechlichkeit sie sich berufen, sie nicht zu etwas „zwingen" würde, was zur Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland nicht paßt. Im Gegenteil: Wie stets, wenn Unternehmer oder Staatsleute sich auf Sachzwänge berufen, legitimieren sie die ohnehin verfolgten nationalen Zwecke mit deren eigenen Erfordernissen.

Sachzwänge sind Zwänge der Konkurrenz. Konkurrierende Unternehmen oder Nationalökonomien tun sie sich wechselseitig an, wenn sie sich um die Aneignung der gleichen nur einmal vorhandenen Kaufkraft schlagen. Den Erfolg, den die Konkurrenten suchen, bestreiten sie sich wechselseitig: jeder von ihnen „muß" seine Kosten senken, um dem anderen Marktanteile wegzunehmen und die eigenen zu verteidigen. Jenseits dieses Zwecks der Konkurrenten gibt es keinen Zwang. Sachzwang ist also immer eine Lüge. Ein Konkurrent versteckt sich hinter dem anderen, der ihn „zwingt". Der andere kann dasselbe von sich behaupten - und das mit demselben. Wenn Staaten sich in die internationale Konkurrenz begeben, wenn sie sich am Weltmarkt bereichern wollen, dann müssen sie die Konkurrenz dort auch gewinnen. Dann ist „Konkurrenzfähigkeit" ein Zwang - der Zwang ihres eigenen Zwecks.

Wie wenig die „Globalisierung" der Staatsräson unserer Republik widerspricht, beweisen ihre Vertreter, sobald sie *den Risiken* dieser subjektlosen Geschichtstendenz immer *ihre Chancen entgegenstellen*. Kein Politiker strebt danach den Trend zu bremsen und etwa die Offenheit des Weltmarktes wider zurückzunehmen - lieber sagen sie alle, das ginge gar nicht! Während sie über die Globalisierung der Märkte klagen, sind sie es selbst, die per internationaler Wirtschaftspolitik die Liberalisierung der Märkte und die Öffnung fremder Länder immer weiter treiben. Im Moment geht es darum, letzte Reservate nationaler Zuständigkeit - die staatlichen Infrastruktursektoren, Telekommunikation, Luftverkehr etc. - für den Profit international tätiger Konzerne zu öffnen. Man braucht den Staatsleuten also nicht abzunehmen, daß sie in einer echten Klemme sind. Sie verstecken sich hinter einem anonymen Sachzwang - angeblich soll das moderne Transportwesens und das Internet die Märkte globalisiert haben -, während sie gleichzeitig die Öffnung anderer Länder betreiben und den Sachzwang selbst stiften.

Man kann das Gerede von der Globalisierung zweitens schon gleich nicht mehr hören, wenn es aus der kleinen Welt der Linken kommt. Die verwickelt sich nämlich ernsthaft in das falsche Problem, ob nun ein echter Sachzwang vorliegt, Ohnmacht und Entschuldigung der Macht also glaubwürdig sind, oder ob doch bloß ein ideologischer Popanz zur Einschüchterung der Gewerkschaften aufgebaut wird, dem diese keinen Glauben zu schenken bräuchten. Die offizielle Berufung auf den Sachzwang globaler Märkte wird nach der falschen Alternative von Wollen und Müssen begutachtet: Sind die Mächtigen wirklich ohnmächtig? Müssen die Politiker? Oder wollen sie nur? Verarmen sie die Bevölkerung gar mutwillig, nur um die Reichen immer reicher zu machen? Einige Linke bemerken die Verzichtsbotschaft und die nationalistische Stoßrichtung des Geredes von der Verteidigung des deutschen Standorts. Die Ideologie wollen sie nicht gelten lassen und *dementieren*, um den unwidersprechlichen Sachzwang zurückzu-

weisen, gleich den *Zwang der Konkurrenz*. Als ob es den nicht gäbe - halt für denjenigen, der in ihr bestehen und gewinnen will. Politiker und Wirtschaftsführer *müßten* dieser Auffassung nach, auch wenn es ihnen um Weltmarkterfolge und den Reichtum Deutschlands geht, nicht verfahren, wie sie es tun. Diese Kritiker deuten auf die hohen Exportüberschüsse, und lesen daraus, daß der deutsche Standort nicht *so* schlecht sein kann, wie die „Globalisierungspropheten" sagen; sie bemerken, daß fertige Fabriken nur selten abgerissen und anderswo wieder aufgebaut werden, und finden, daß das Kapital gar nicht *so* mobil und daher *„der Kapitalismus weitgehend national orientiert"* ist. Als ob sie selbst den sozialen Konsequenzen der „Standortverteidiger" zustimmen müßten, wenn sie die Internationalisierung des Kapitals und die nationale Konkurrenz um die Nutzung des Weltmarkts zugeben würden, leugnen sie, was jedes Kind weiß: Daß heute jede bessere Firma ein „Multi" ist, für den ganzen Weltmarkt produziert, bei Anlageentscheidungen die Standortangebote aller Herren Länder prüft und tatsächlich in allen Weltregionen produziert.



Die Gegenpartei auf der Linken sieht die Sache haargenau umgekehrt und bestreitet die Bestreitung der „Globalisierung": Sie bestätigt mit bedeutungsvollem Geraune vom Fetischsystem das bürgerliche Gerede von der „Globalisierungsfalle", in der die Staaten ausweglos gefangen seien. Diese Richtung übertreibt die Ideologie vom Sachzwang bis zu der Behauptung, der kapitalistische Staat sei von den Märkten entmachtet worden, seine Machtmittel und Regulationsmechanismen würden heute versagen, so daß er hilflos zusehen müsse, wie die Märkte herrschen. Als ob die Verwertung des Werts nicht ein bewußtes politisches Personal bräuchte, das diesem ökonomischen Zweck das Land unterwirft, zeichnen die Befürworter der Globalisierungsdiagnose ein Bild vom „entwirklichten Staat" daß man Mitleid mit der Institution der politischen Herrschaft bekommen möchte. Während die einen immer nur die *Freiheit und den Willen der bösen Herrschenden* entdecken, sehen die anderen durch ihre Brille immer nur die *Unfreiheit der Macht und die blinde Notwendigkeit,* der diese unterworfen ist. Voll ausgelastet mit ihren moralischen Reflexion, zeigen beide Seiten kein Interesse für den Grund und Zweck der aktuellen wirtschaftspolitischen Manöver.

Die nationale Konkurrenz um die Früchte der internationaler Ausbeutung

Auskünfte über die Neuigkeit der „globalen Märkte sind nicht leicht zu bekommen. Läßt man sich von Wirtschaftswissenschaftlern und Politikern aufklären, so bekommt man einerseits mitgeteilt, daß *eine ganz neue Lage* eingetreten sei; die, sobald sie charakterisiert werden soll, in lauter Komparativen dessen besteht, was schon 50 Jahre lang die kapitalistische Weltwirtschaft ausmacht: Die Märkte sind *offener*, die internationale Verflechtung *intensiver*, die Transportkosten *niedriger,* die Transaktionszeiten im Geldhandel *nur noch Millisekunden* - und das alles macht die Konkurrenz auf dem Weltmarkt immer *härter.* So kommt das Neue, das alle Zuständigen bemerkt haben wollen, jedenfalls nicht zur Sprache.

Mehr verrät schon das Problembewußtsein, in dessen Namen die Herausforderung angenommen wird: Die „Risiken der Globalisierung" haben mit der Frage zu tun, *ob das Kapital heute noch dem Staat dienstbar ist bzw. nutzbar gemacht werden kann*, oder ob nun *die Staaten dem Kapital dienen*, ohne von seinem Wachstum zu profitieren. Die Alternative ist einerseits falsch. Solange diese Produktionsweise existiert, hat der Staat sich bereichert und seine materielle Basis vergrößert, indem er den Profit der Kapitalisten unter seiner Hoheit zu seiner Sache gemacht hat. Dem Kapital zu dienen, war die Weise des Staates, sich den nationalen Dienst seiner Kapitalisten zu sichern. Das ist angesichts der erreichten Internationalisierung der Kapitale - vor allem in der jederzeit mobilen Form des Geldkapitals - heute nicht mehr selbstverständlich. Die Politiker freilich, die von Chancen und Risiken der Globalisierung quatschen, sind nicht von Zweifeln darüber geplagt, ob das Kapital für die Nation noch bedeutsam und nützlich ist; sie machen sich mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit an die Reformen, die es braucht, um ihrem Land die Bereicherung an der internationalen Geschäftstätigkeit zu sichern - und insoweit *das Kapital zu „nationalisieren"*. Sie geben ein Beispiel des zeitgemäßen polit-ökonomischen Nationalismus.

1. Das Stöhnen über „Globalisierung" betrifft nicht die Internationalisierung des kapitalistischen Geschäfts selbst, sondern nur den Grad des Erfolgs, mit dem die deutsche wie manche andere Regierungen nicht zufrieden ist. Die Mobilität des Kapitals, das sich weltweit mit Kaufkraft und Rohstoffen eindeckt, das jeden Erdenwinkel nach rentabler Arbeit, also profitablen Investitionen absucht, ist nämlich etwas älter als diese Klagen. Sie ist das ausdrückliche Programm der gesamten Weltwirtschaftsordnung nach dem 2. Weltkrieg (Bretton Woods) und Leitfaden der europäischen Gemeinschaft. In den Jahren eindeutig nationaler Bereicherung aus ihr, war die Rede nicht von Problemen der Globalisierung, sondern von der wohlstandssteigernden Wirkung der „internationalen Arbeitsteilung".

Nationen, die ihre Gesellschaften auf das Wachstum von Kapital festlegen und dieses mit allen Mitteln ihrer politischen Herrschaft fördern, sind nämlich Fanatiker des kapitalistischen Inter-Nationalismus. Das lokale, in ihrem Hoheitsgebiet stattfindende Geldmachen erscheint ihnen als eine einzige Beschränkung. An und in der ganzen Welt wollen sie *Geld*, das ökonomische Mittel ihrer Macht, verdienen lassen.

2. *Der Nation Geld verschaffen*, ist der staatliche Auftrag, unter dem der grenzüberschreitende Geschäftsverkehr steht. Er hat die quantitative Seite, daß Exporterfolge positive Außenbilanzen also Zahlungseingänge aus dem Ausland bewirken; er hat aber zugleich und darin auch die qualitative Seite: Die Geschäfte sollen der Nation *ein* Geld verschaffen, ein gutes, stabiles, weltweit brauchbares und nachgefragtes. So stellen die Staaten die auf ihrem Territorium versammelten Produktivkräfte in den Dienst an ihrem *Nationalkredit.* Weil sie sich für die Betreuung ihres Kapitalstandorts jede Menge Schulden genehmigen und diese als *Geldschöpfung* organisieren, gerät das kapitalistische Geschäft auf dem Weltmarkt zum Richter über den Zustand des nationalen Geldwesens. Dort bekommen die Kreditgelder verschiedener Staaten, die konvertibel gemacht sind, von „den Märkten" ständig ihren relativen Wert als Weltgeld bescheinigt. Während Kapitalisten aller Herren Länder sich daheim und auswärts bereichern, fällen sie mit ihren Erfolgen und Mißerfolgen, mit ihrem Gebrauch und ihrem Vermeiden der verschiedenen nationalen Devisen beständig praktische Urteile über die ökonomische Macht der Nationen. Nicht zur Beschaffung von Erdöl und Südfrüchten erlauben und fördern Staaten den Außenverkehr, sondern zur Vergrößerung der ökonomischen Macht, die in der Qualität, der Stabilität und Nachgefragtheit ihrer na-

tionalen Währung liegt. So betätigt sich der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist" und macht die Relativierung des Gebrauchswerts durch den Tauschwert zu seiner Sache. Das nationale Geld und seine „Härte" ist die härteste Macht, die es in der Welt des Eigentums gibt: Die Nation, die mit ihrer Devise viel stabiles Weltgeld besitzt, sichert sich weltweit den Zugriff auf alle Elemente des Reichtums und der Macht - und schließt andere Staaten mit ihren Schwachwährungen davon aus.

Staatsführer sind *Geldpatrioten*, die das Wachstum im Land und außerhalb daraufhin taxieren, was es zur Stabilität der Währung und zu den Bilanzen der Nation beiträgt. Der internationalen Konkurrenz ausgesetzt, sind die einheimischen Kapitalisten ebenso wie geschäftstüchtige Investoren aus dem Ausland *die* Betreuungsobjekte staatlicher Fürsorge.

3. Solange das Wachstum im Land und seine Außenbilanzen in Ordnung gehen, solange das nationale Geld gefragt ist und seine Summe wächst, sind die Verantwortlichen von den „Wohlstandsgewinnen" aus der „internationalen Arbeitsteilung" überzeugt. Von „Risiken der Globalisierung" reden sie, sobald ihre Rechnungen nicht aufgehen und der nationale Ertrag aus dem Weltgeschäft zu wünschen übrig läßt. Das ist zum Beispiel dann er Fall, wenn die guten Geschäfte, die Siemens, Hoechst und andere deutsche „Global Players" weltweit machen, ihrem Herkunftsland nicht zugute kommen. Daß sie ihr Wachstum vor allem im Ausland erzielen, muß nicht von sich aus zum deutschen Nachteil geraten: Auch aus Ausländern herausgeholte Profite bereichern die deutschen Stammhäuser und deutsche Aktionäre und vergrößern die Schlagkraft der hier beheimateten Multis. Das ist gut und gewollt. Ein nationaler Mißstand liegt vor, wenn derartige Erfolge mit einer Lage in Deutschland einher gehen, in der das Wachstum nicht anspringen will, die Steuereinkünfte schrumpfen und die Staatsverschuldung immer neue Höhen erreicht. Dann schlagen sich die Erfolge der transnationalen Konzerne offenbar nicht genug als nationale Zuwächse nieder. Der weltwirtschaftende Staat achtet eben sehr auf den Unterschied zwischen dem Reichtum, der sich bei ihm sammelt und dem, der anderswo landet. Das Wachstum der Weltwirtschaft überhaupt ist ihm kein Anliegen. Fällt sein Zuwachs für seine Ansprüche zu klein aus, dann stehen Anstrengungen an, die nationalen Reichtumsquellen zu schützen und „Fehlentwicklungen" zu korrigieren. Diese werden nicht, wie früher einmal, „vaterlandslosen Kapitalisten" zur Last gelegt, die nicht dort investieren, wo sie ihre Gewinne her haben; die Diagnose der Fehler gerät zur Selbstkritik der Nation, die es den Kapitalisten offenbar zu schwer macht, in und für Deutschland Arbeiter auszunutzen und Gewinne zu machen. Den *Schutz der nationalen Reichtumsquellen* organisiert der Staat, der sich am Weltmarkt bereichern will, nicht defensiv als altmodischen Protektionismus mit Schutzzoll und dem Verbot von Kapitalflucht, sondern als *Kampf um den nationalen Anteil am Weltgeschäft*. Mögen amerikanische Handelskriege mit Japan und europäische Importbeschränkungen auch in diesem Gegeneinander der Nationen zeitweise ihren Dienst tun, so ist die Devise des heutigen Schutzes der nationalen Reichtumsquellen, daß der *Sieg in der Konkurrenz der beste Protektionismus* ist.

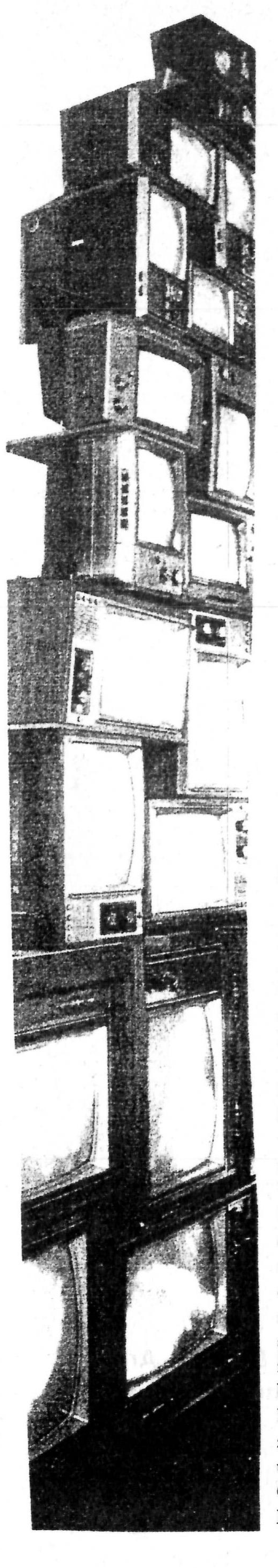
4. Unter diesem Gesichtspunkt wird das Land ausdrücklich *„Standort"*. Es wird anerkannt, daß es nicht (mehr) der selbstverständliche Boden der im Land beheimateten Kapitale ist. Als „Standort" ist das Land von vornherein Teil des Weltgeschäfts, seine Wirtschaftskraft ist so groß, wie es ihm gelingt, sich als Wahlheimat „transnationalen Kapitals" zu bewähren. Die Nation konkurriert nicht (mehr nur) mit Überschüssen, die ihr Innenleben hervorgebracht hat, ihr ganzes inneres Wirtschaftsleben ist Resultat einer Konkurrenz um Kapitalanlage - und die wird geführt um die Rendite auf eingesetztes Kapital.

Das Projekt: „Standortkonkurrenz gewinnen!" ist eine ausschließende Sache. Dieselben Nationen, die ihre Kapitalisten in die Welt hinausgeschickt und zur Nutzung aller Gewinnchancen, gleichgültig wo, aufgefordert haben, werden jetzt *sehr territorial: Hier* soll das internationale Kapital anlegen, nicht anderswo. Daß inzwischen auch Chinesen und Koreaner Autos, Computer etc. bauen können, ist kein Glück und kein Fortschritt, sondern eine Gefährdung der „alten Industrienationen" und ihres Vorsprungs, mit dem sie bisher den Weltmarkt untereinander ausgemacht und gegen den Rest monopolisiert hatten. Da addiert sich nichts! Was die „Schwellenländer" herzustellen vermögen, fehlt an Produktion in Deutschland. „Wir" müssen die neuen Konkurrenznationen aus dem Feld schlagen und ihre Reichtumsquellen entwerten, wenn „Wir" „unseren Wohlstand verteidigen" wollen. „Wir" oder die! Im Weltmaßstab sind Staaten Privateigentümer, die sich wechselseitig vom kapitalistischen Reichtum ausschließen.

5. Die *Waffe in der Standortkonkurrenz* ist die *Attraktion*, die eine Nation auf die internationalen Kapitalisten ausübt, die sie anlocken will. Diese besteht in lauter *Gewinngarantien* - obwohl es so etwas eigentlich gar nicht gibt; schließlich ist der Gewinn Resultat von Produktion und Markterfolg und nicht seine vorweg gesicherte Bedingung. Der Staat, der seinen Anteil am Weltgeschäft verteidigen und steigern will, bemüht sich um die *Garantie exklusiver Geschäftsbedingungen*, wie sie konkurrierende nationale Standorte nicht hinkriegen. Was er zu bieten hat, reicht von der Qualität des Geldes, das sich bei ihm verdienen, und der Masse an Kaufkraft, die sich ausnutzen läßt, über die Höhe der Subventionen, die Geschäftsleute kassieren, und die Niedrigkeit der Steuern, die sie zahlen, bis hin zu Preis und Leistung des alles entscheidenden „Produktionsfaktors" Arbeit. Damit Kapitalisten der deutschen Nation den Dienst tun, den Weltmarkt von ihrem Standort aus zu erobern, tut sie ihnen den Dienst, sich als ein einziges Angebot an ihren Profitwillen herzurichten. Der „ideelle Gesamtkapitalist" benimmt sich wie ein reeller und betrachtet das ganze Land wie einen Konzern, bestimmt, Weltgeld zu verdienen. Dieser Gesichtspunkt ergibt neue Unterschiede in seinem Subventionswesen, das einerseits in einen schlechten Ruf gerät, andererseits wichtiger wird denn je.

Die Aufrüstung des deutschen Standorts bedeutet keineswegs einfach ein Mehr an Produktion und Verkauf, sondern verlangt zunächst jede Menge *Brachlegung*. Werften, Kohle, Stahl, Landwirtschaft sind Grundlagen der industriellen Produktion, die das Land bisher als Voraussetzung für Gewinne in anderen Branchen sichergestellt hat; heute gilt dies als Geldverschwendung, die veraltete Industrien künstlich am Leben hält. Alles, was irgendwo auf der Welt billiger beschafft werden kann, gehört im Inland unterbunden. Kohle, Getreide, Strom etc., die hierzulande über dem Weltmarktpreis liegen, sind zwar materielle Beiträge zur Geschäftstätigkeit, sie sind auch Beiträge zum Umfang des inländischen Produzierens, Kaufens und Steuern-Zahlens, sie sind drittens die kapitalistische Lebensgrundlagen ganzer Regionen und ihrer Bewohner - aber das alles hat nichts zu gelten vor dem Gesichtspunkt, daß sie Kosten für die in Deutschland aktiven Kapitale sind, die über denen anderer Standorte liegen. Um des Grads der Rentabilität willen wird die Masse des Geschäfts reduziert.

Während alle Produktionen und



Geschäftsfelder, die nicht in wenigen Jahren die „Kostenführerschaft am Weltmarkt“ erreichen, kaputt gehen dürfen, werden die Felder, auf denen man sich Weltmarktschlager verspricht, vom Staat zum Erfolg geführt. „Erhaltungssubventionen“ gehören beseitigt, Subventionen in die „*Zukunftsindustrien*“ müssen steigen: Die Politik selbst schmiedet die Trusts und Konzerne von der Kapitalgröße, die nötig ist, um gegen auswärtige Weltfirmen anzutreten. Mit Telekom, Bahn, Stahl, Luftfahrt etc. schafft sich die Nation ihre „Global Players“.

6. Die *Bevölkerung* bekommt den Umstand, daß ihr Vaterland sich den Weltmarkt als Reichtumsquelle erkoren hat, nicht in der Form billiger Bananen und toller Urlaubsreisen sondern vor allen so zu spüren, daß ihre Dienste nur mehr unter der Bedingung gefragt sind, daß sie *jeden Vergleich mit Preis und Leistung jedes Hungerleiders* in der Dritten Welt aushalten. Viel von der Arbeit, die bisher gewinnbringend war, erweist sich als nicht rentabel, sobald ihr Produkt irgendwo auf der Welt - wer weiß auf welche Weise - billiger hergestellt werden kann. Sie kann entfallen und mit ihr der Lebensunterhalt, der sich daraus ergab.

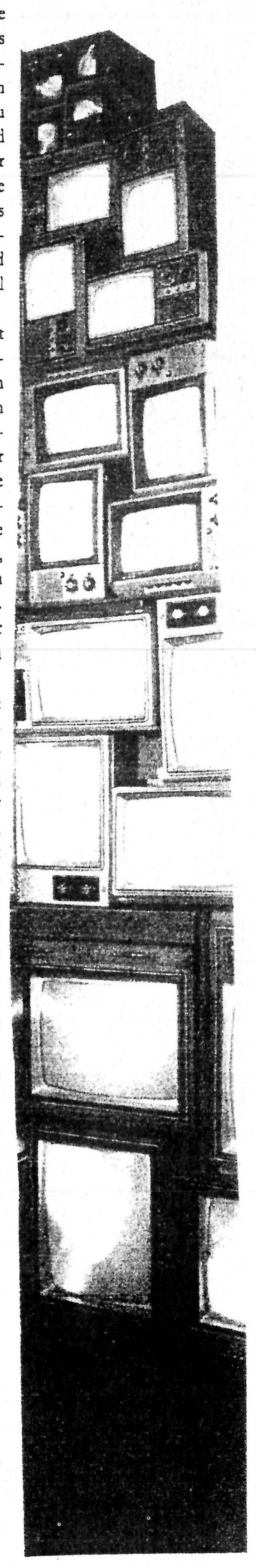
Die übrigen Abteilungen der nationalen Arbeit werden für die Standortkonkurrenz fit gemacht: Sie sind zu teuer. Der Staat fördert gleichzeitig die Einsparung von Lohnkosten durch die Einsparung von Arbeitskräften und die Verbilligung der in den Büros und Fabriken verbliebenen. Auch hier kommt der ideelle Gesamtkapitalist unübersehbar zur Sache: Er, der über den Klassen steht, sorgt nicht nur für ihr ökonomisches Zusammenwirken und den sozialen Frieden dabei, er macht sich im Interesse des Standorts zum Protagonisten der Ausbeutung und zum Interessenvertreter des Kapitals gegen die Lohnabhängigen. Dies so sehr, daß es z.B. im Streit um die Lohnfortzahlung Zerwürfnisse zwischen der Politikermannschaft in Bonn und den deutschen Unternehmern gab, die sich wechselseitig Feigheit vor dem Feind vorwarfen und von einander ein härteres Vorgehen beim Lohnsenken verlangten. Ein nicht geringer Teil des Lohns, die sogenannten Nebenkosten, sind ohnehin Gegenstand staatlicher Entscheidungen. Diese von Marx „historisch-moralisches Element“ genannten Lohnbestandteile, die ganz wesentlich den Lebensstandard definieren, der Arbeitern zugestanden ist, werden politisch heruntergefahren. Aber auch bei den zwischen Gewerkschaft und Kapital ausgehandelten Lohnteilen, verlassen sich die Standortpolitiker weder darauf, daß beide Seiten schon wachstumsfördernde Preise für die Arbeit aushandeln, noch darauf, daß das Millionenheer der Arbeitslosen schon genug lohndrükend wirken wird. Sie setzen Staatsmacht ein, um die Lohnsenkung zu beschleunigen, mit Mindestlohn und Entsendegesetz am Bau, Reformen an der Bindewirkung von Tarifverträgen etc. Die „Wohlstandsgewinne“, die die Nation aus dem globalen Geschäft zu ziehen beabsichtigt, vertragen den Lebensstandard nicht, der bei deutschen Proleten normal gewesen ist.

Verelendung, eine längst widerlegt geglaubte Begleiterscheinung des Wachstums kapitalistischen Reichtums, ist nun keine Begleiterscheinung und schon gleich kein Versagen der Wirtschaft, sondern nationales Programm. Diese Waffe in der Standortkonkurrenz verspricht Vorteile vor allem dort, wo es noch etwas zum Zusammenzustreichen gibt. Schließlich ist ihre Wirkung ja fragwürdig, angesichts dessen, daß sie in allen konkurrierenden Nationen gleichermaßen zur Anwendung kommt. Bei rapide steigender Produktivkraft der Arbeit verarmen die Lohnarbeiter in allen Ländern des OECD Raums.

So gestaltet sich der Dienst, den die Nation für ihren Reichtum von den kapitalistischen Klassen einfordert, und die Weise, wie sie diesen Dienst einfordert, systemgerecht verschieden: Der Dienst der Kapitalisten besteht im Gewinnemachen, das sowieso ihr Interesse ist; diesen Dienst sichert sich das Land durch eine Liste von Sonderangeboten, die die Umworbenen nicht ausschlagen können. Der Dienst der Arbeiterschaft besteht im ungeschminkten Zwang zum Opfer für das Land. Kein Wunder, daß auf feste nationale Gesinnung bei diesen „Bürgern“ sehr viel Wert gelegt wird: Die letzten Anhängsel des weltweiten Geschäfts, die sie sind, werden als die zuständigen Verantwortlichen angesprochen, die es in der Hand haben, ihr Land und ihre Lebensgrundlage gegen ein bedrohliches Ausland zu verteidigen: Dort sitzen andere Arbeiter, die durch ihre Billigkeit und Willigkeit deutsche Arbeitsplätze gefährden! Ihr könnt weiterhin vom Kapital leben, wenn ihr erstens schlechter davon lebt und zweitens billige Ausländer aus dem Rennen werft, die unsinnigerweise auch von Diensten am Kapital leben wollen. Die oder ihr!

Anmerkung:

Der Autor schreibt für die Zeitschrift GegenStandpunkt



Arbeit, Ehre, Dienst und Zwang

Zur Entkopplung von Arbeit und Arbeitslohn

„New Labour hat in England vorgemacht, was auch in Deutschland zu tun wäre und nach der Wahl wahrscheinlich auch geschehen wird. Das Dogma, dem der Sozialstaat seit mehr als 100 Jahren folgte, hieß Sicherheit durch Arbeit, genauer: durch lebenslange Vollerwerbstätigkeit. Dies Dogma läßt sich nicht mehr halten ..." Als Konrad Adam dies in der *FAZ* (5.9.98) drucken ließ, betätigte er sich nicht als Wahrsager, sondern sprach aus, was, unabhängig vom Ausgang der Wahl, die größte Wahrscheinlichkeit für sich reklamieren kann. Die lebenslange Vollerwerbstätigkeit entspricht immer weniger den tatsächlichen Biographien. Was er da als Erwartung an die anlaufende Legislaturperiode formulierte, war nur, daß dieser Prozeß beschleunigt werde und einen entsprechenden Niederschlag in den formalen Prinzipien des Sozialsystems in Deutschland finde. „Die ‚Krise der Arbeitsgesellschaft' (sei) im Grunde eine ‚Krise der Erwerbsarbeit'" (Mutz 97, S.32). So oder ähnlich heißt es dazu in diversen Stellungnahmen der schreibenden Wasserträger. Nicht die Arbeit geht aus, sondern der Anspruch auf ein durchschnittliches Konsumentendasein durch Lohnarbeit werde hinfällig.

Die gesellschaftlichen Arbeitsbeziehungen werden immer mehr nach unmittelbar betriebswirtschaftlichen Kriterien organisiert. Sie lassen sich so direkter der Weltmarktsituation anpassen. Wurden in den 70er Jahren gewerkschaftliche Lohnforderungen an Produktivitätszuwächsen und Inflation orientiert, werden jetzt Nominallöhne verteidigt und Stundenkontingente umverteilt. Mit dem Wegfall nationaler Währungspolitik nach Einführung des Euro wird die betriebliche, aber auch die staatliche Lohnpolitik als Steuerungselement von Standortkonkurrenz an Bedeutung noch gewinnen. Dabei korrespondiert einer geforderten Flexibilität auf betrieblicher Ebene – jeder kann schließlich gehen – ein zunehmender staatlicher Zwang – niemand soll an der Gemeinschaft schmarotzen.

Betrieb und Staat erschließen zusammen einen Niedriglohnarbeitsmarkt. Die Übertragung öffentlicher Arbeiten an Dienstleister, ebenso wie Reproduktions- und Pflegearbeiten oder Subunternehmertum und Outsourcing öffnen auch neben den traditionellen Bereichen wie z.B. der Gastronomie viele Möglichkeiten entgarantierter Billigarbeit. Das untere Ende des Niedriglohnsektors wird dann vom Staat – und zwar ausschließlich vom Staat – mit Zwangsarbeit und Leistungskürzungen bewirtschaftet.

Der Sozialstaat negiert inzwischen die von ihm ehemals angestrebte Statussicherheit. Berufsschutz bei Arbeitslosigkeit ist durch die immer weitere Ausdehnung der Zumutbarkeitskriterien bereits abgeschafft. Der Marktpreis von Maschinen, die mechanische Arbeit ersetzen können, ist oft das Kriterium, anhand dessen der Marktpreis lebendiger überflüssiger Arbeit taxiert wird – und dieser Preis von Maschinen liegt oft unter dem Existenzminimum. Mischeinkommen aus geringer staatlicher Zahlung und zusätzlichem Verdienst werden befördert. Alte Sozialstaatsprinzipien wie eine Trennung von (potentieller) Arbeits- und Armutsbevölkerung, von Pauper und Proletarier, die zur Trennung von Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe führten, werden zunehmend hinfällig.

Die Zunahme geringfügiger Beschäftigung – ihre von der rot-grünen Regierung beschlossene Einbeziehung in die Sozialversicherung bestätigt noch zusätzlich deren Normalität – ebenso wie die Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse sowie die Abnahme sozialversicherungspflichtiger Tätigkeiten – letzteres will rot-grün ändern – wird Krisentendenzen und Konjunkturschwankungen bei der Beschäftigung direkt auf die staatlichen Kassen lenken. Seit Jahren schon steigen die Haushalte, die von Sozialhilfe leben. Was mit der nicht verwerteten Arbeitskraft anzufangen ist, beschäftigt Sozialplaner ebenso wie Ökonomen.

Schon länger wird ein neuer Konsens darüber angestrebt, „welches Ausmaß an beruflicher Inaktivität die Gesellschaft nicht mehr zu tolerieren und zu alimentieren bereit ist." (Nico Fickinger, *FAZ* 8.9.98) 1996 stimmten die Sozialdemokraten dafür, daß Sozialhilfeempfängern, die eine Zwangsarbeit ablehnen, die Stütze erheblich gekürzt wird. Die schleswig-holsteinische Ministerpräsitentin Simonis forderte 1997 „mehr Druck auf arbeitslose Sozialhilfeempfänger, die eine Arbeit ablehnen".

Der angehende Arbeitsminister Riester hat bereits vor seiner Ernennung verlauten lassen, daß er besonders für „Menschen mit geringer Qualifikation und eingeschränkter Leistungsbereitschaft" in „produktionsnaher Dienstleistung und einfacher Gütererstellung zusätzliche Arbeit" schaffen will. (*FAZ* 12.10.98) Schröders Wirtschaftsberater und Koordinator im Kanzleramt Hombach fordert in seinem, während der Koalitionsverhandlungen erschienenen, Buch mit dem Titel „Die Politik der neuen Mitte" Kombilöhne. Diese subventionierten Niedriglöhne wären ebenso wie die Stütze am Existenzminimum orientiert. Es wäre die mit einem Stütze+X versehene Form der Zwangsarbeit in Unternehmen, hinter der als Drohung die ansonsten von den Kommunen für den Bezug von Stütze angeordnete Zwangsarbeit steht. Mit Kombilohn oder Zwangsarbeit wird Arbeit ohne Lohnäquivalent mobilisiert. Der Staat erhält für das Existenzminimum die Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft. Diese Arbeit kennt kein Subjekt der Arbeit, das als Verkäufer auftritt und sich gewerkschaftlich organisiert, sondern ist Gegenstand staatlicher Zwangsbewirtschaftung. Eine Erosion des Subjekts der Arbeit findet nicht nur am Rande der Arbeitsgesellschaft, sondern auch innerhalb der Kernbelegschaften statt, wenn z.B. die Forderung von Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich damit endet, daß Lohnforderungen sich nicht mehr am Produktivitätsfortschritt orientieren. Die Beibehaltung dieses Maßstabes hätte z.B. bei der IG Metall zwischen 1993 und 1997 zu 36,7% Lohnzuwachs führen müssen. (*express* 9/98, S. 1) Stattdessen werden Standortinteressen unmittelbar zum Lohnkriterium. Ein weiteres Abschmelzen der Stundenzahlen muß wegen der damit verbundenen Lohneinbußen von vielen Belegschaften als Bedrohung empfunden werden. Arbeitszeitverkürzungen werden sich vermutlich auch bei den kommenden Verhandlungen zum „Bündnis für Arbeit" auf einen Fonds zur Frühverrentung und einen Abbau von Überstunden beschränken. Immer häufiger ist bei den Gewerkschaften davon die Rede, daß es jetzt darum gehen müsse, Arbeit zu schaffen anstatt bloß Arbeit zu verteilen.

Ehre und Dienst – Arbeiten im nichtmonetären Bereich

Die Abschaffung der kontinuierlichen Erwerbsarbeit als gesellschaftlicher Normalfall indiziert, daß der kapitalistische Reproduktionszusammenhang zunehmend

aus den Fugen gerät. In der Perspektive seiner Fürsprecher und Ideologen wird dieser Tatbestand als Handlungsbedarf artikuliert, „verkrustete Strukturen aufzubrechen". Nachdem bestimmte Fraktionen als Ursache anstehender Veränderungen zunächst die „Globalisierung" verantwortlich machten und „neoliberale" Rezepte als Palliativ feilboten, ebbt unter dem Grollen der Krise die – hierzulande ohnehin nie mehrheitsfähige – liberale Welle ab. Jetzt geht es um anderes. Der bereits erwähnte Konrad Adam forderte eine Korrektur der Bewertung von „Arbeit, Lohn und Leistung" und empfiehlt, „Ernst damit [zu] machen, daß Arbeit nicht nur Lohnarbeit bedeutet, daß also auch diejenigen etwas leisten, die weder im Büro noch in der Fabrik beschäftigt sind." Er wirbt hier nicht für die Aufwertung von Telearbeit, sondern von Haus- und Familienarbeit, d.h. von für die allgemeine gesellschaftliche Reproduktion nützlicher, aber nicht mit Lohn vergüteter Arbeit.

Adam gebraucht in seinem kurzen Artikel Begriffe, die auf politische Zustimmung spekulieren. Deutlicher wird sein Blick in die Zukunft von Patrick Liedtke und Orio Giarini artikuliert: Es gelte, Konzepte umzusetzen, bei denen berücksichtigt werde, „daß nicht allein innerhalb der Geldsphäre der Wirtschaft Wohlstand geschaffen wird, wie es sich am traditionellen Maß des Bruttosozialproduktes manifestiert. Nichtvergütete Arbeit und Eigenproduktion ergänzen immer mehr die traditionellen Teile der Wirtschaft". (*GMH* 4/97, S. 230) In dieser Allgemeinheit ist nicht mehr allein von der gefälligen Forderung „Lohn für Hausarbeit" die Rede, sondern von Leistung für die Gesellschaft, die diese eben nicht bezahlen muß. Ob es nun der Computerfreak ist, der sich autodidaktisch angeeignet hat, was ihn zur Spitzenkraft in der Elektronikbranche prädestiniert oder der Umweltspezialist, der sich sein Wissen in Umweltinitiativen erwarb, bevor offiziell Ausbildungsgänge mit ökologischem Schwerpunkt eingerichtet wurden – als „Leistungsträger" für den Standortwettbewerb werden Leute umworben, die ihre intellektuellen Kompetenzen quasi ehrenamtlich, in Eigeninitiative erworben haben und die vorhandene Infrastruktur geschickt auszunutzen wußten. Mit ihren Parolen von mehr „Kreativität" und „Engagement" waren die Grünen Vorreiter der Aufhebung der Trennung von Arbeit und Freizeit, von Qualifikation und Entlohnung und Propagandisten des konstruktiven Engagements für sinnvolle Arbeit, die keine Grenze zwischen Lohnarbeit und Arbeitstherapie mehr zieht. Sie haben den traditionellen Organisatoren ehrenamtlicher Gemeinwesenarbeit, wie z. B. Kirchen und Arbeiterfürsorge, den Nachwuchs streitig gemacht und lagen lange Zeit mit den Gewerkschaften wegen ihrer Unzuverlässigkeit in Bezug auf Arbeitnehmerrechte über Kreuz. Für die Etablierung eines zweiten Arbeitsmarktes waren sie ein wichtiger Schrittmacher. Inzwischen hat der gesellschaftliche Realprozeß sie überholt, denn längst wird schon von einem dritten Arbeitsmarkt gesprochen.

Der Empfänger von Stütze kann zu Arbeit gezwungen werden – er muß aber auch gezwungen werden und bekommt dafür ein wenn auch lächerliches, aber immerhin ein Äquivalent als Lohn. Selbstloses Engagement hingegen kann mit keinem Lohnäquivalent rechnen – aber dafür soll derjenige, der es leistet, eine Anerkennung dafür erfahren können. SPD-Bundesgeschäftsführer Müntefering forderte vor der Wahl, die Ergebnisse einer in die Zukunft schauenden SPD-Arbeitsgruppe zu verwirklichen: Die im AFG vorgeschriebene Grenze von 15 Std. ehrenamtlicher Arbeit in der Woche, die ein Arbeitsloser höchstens leisten darf, ohne den Anspruch auf Arbeitslosengeld zu verlieren, solle heraufgesetzt werden. Bei der Vergabe von Studienplätzen und beim Wehr- und Ersatzdienst sei dieses Engagement dann zu berücksichtigen. (*FAZ* 17.9.98) Die Koppelung mit dem „Dienst" verweist darauf, daß der Staat auch in diesem Bereich der „Ehre" nicht nur belohnt, sondern auch fordert. Da kann es auch nicht verwundern, daß der Einstieg in einen allgemeinen Zivildienst, „Sozialdienst" genannt, als „soziale Aufwertung des Bürgerstatus" anstatt des Kriegsdienstes vorgeschlagen wird. (Opielka 97, S. 28) Eine derzeit populäre Variante des Bürgerengagements sind die in mehreren Bundesländern laufenden Modellprojekte zum Aufbau einer bürgerwehrähnlichen Freizeitpolizei.

Die Aktivitäten des Staates und seine allgemeine Zuständigkeit für die Rahmenbedingungen der Arbeit aktualisiert auch bei Linken deren Staatsfixierung und äußert sich z.B. im Bestreben, Einflußnahme auf staatliche Regularien zu gewinnen. Aus allen politischen Lagern fällt dem Staat die Legitimation wie von selbst zu.

Das nimmt bisweilen recht groteske Formen an. Selbst die Zeitschrift *Schwarzer Faden* (2/98), die sich bekanntlich als eine anarchistische begreift, bekennt, vermittels ihres Autors Michael Schiffmann, der sich Gedanken über das Buch von Viviane Forrester (Der Terror der Ökonomie) macht, zum Staat: „Der Staat, den natürlich alle Anarchisten sehr zurecht gerne verschwinden sehen wollen, ist neben seinen unterdrückerischen Eigenschaften gegenwärtig (zumindest in den demokratischen Gesellschaften) zweierlei. Er ist die einzige wichtige Machtinstitution, auf die die Bevölkerung direkten Einfluß nehmen kann, und er ist die Institution, die die Macht hat, die brutalsten Formen sozialer Ungleichheit abzumildern und, unter günstigen Bedingungen (d.h. bei Bestehen eines Klassenkampfes von *unten*), zurückzudrängen.

Ich meine daher, daß wir gegenwärtig für die Verteidigung und Erweiterung derjenigen Funktionen des Staates eintreten müssen, die Ausdruck eines hart erkämpften Kompromisses sind, für eine Verteidigung und Erweiterung der staatlichen Regulierungen, die der Allmacht der privatkapitalistischen Tyranneien Beschränkungen auferlegen, sowie für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte und Institutionen, die im Staat bereits vorhanden und der Bevölkerung in aller Regel ebenfalls nicht geschenkt worden sind."

Da spukt der schwarze Schimmel eines anarchistischen Etatismus. Wenn Anarchisten neben ihren traditionell schwachen Argumenten auch noch ihre Prinzipien abwerfen, so steht dies pars pro toto für eine Linke, die nur simuliert, sie nehme an einer Dabatte über die Zukunft der Arbeit teil, der aber nicht mehr einfällt als die Treue zum Staat. Michael Schiffmann, der sich als Übersetzer der Ikone des Anarchismus Noam Chomsky (Haben und Nichthaben, 1998) betätigt, liegt auf der Linie seines Meisters, der einen Föderalismus gegen den Zentralstaat fordert, weil der der Großindustrie besser trotzen könne.

Renovieren am „Modell Deutschland" aus einer Position der Stärke

Während des Rundlaufens der westdeutschen Konjunktur und dem Scheitern des ersten bundesweiten „Bündnis für Arbeit" wurde das „Modell Deutschland" häufig für überholt erklärt. Der Wille zum „überfälligen Umbau des Sozialsystems" kommt jetzt als rot-grünes Projekt daher. Jetzt soll sich zeigen, ob das „deutsche Modell" nur darin bestand, eine „soziale Hängematte" zu knüpfen. Dabei zeichnet sich ab, daß eine Bewährungsprobe des „deutschen Modells" unter Krisenbedingungen dessen Kern zu Tage fördert – und alle sind sich einig, daß es diesen zu erhalten gelte. Dieser Kern ist die nach den Kriterien der Produktivität und Loyalität formierte Gesellschaft; als ihr Mittelpunkt wähnt sich der vom Produktivitätsfetischismus ergriffene deutsche Arbeitsmann. Redlich soll die harte D-Mark erarbeitet sein: Leistung statt Almosen, Pflichten statt Rechte und Bereitschaft statt Passivität sind die Grundlagen des Produktivitätsfetischs.

Die hohe Produktivität der Arbeit in Deutschland, die neben der „Wertarbeit"

auch vom fixen Kapital, den staatlichen Rahmenbedingungen und der Verfügbarkeit der Investitions- und anderen Produktionssmittel abhängt, ist eine Voraussetzung für die vergleichsweise hohen Löhne ebenso wie für die Weltmarktstärke in puncto Technologie. Im internationalen Vergleich befindet sich die deutsche Industrie in einer Position der Stärke. „Die weiter anschwellende Übernahmewelle dokumentiert nicht nur den Drang nach Größe. Sie zeigt, daß sich die deutschen Unternehmen aktiv der globalen Herausforderung stellen. Sie sind heute von Allianz über BASF, Daimler und Hoechst bis Schering, Springer und Volkswagen dabei, wenn die Märkte verteilt werden. Deutsche Unternehmen sind wieder wettbewerbsfähig und verdienen auch wieder Geld", schreibt die *FAZ* (7.7.98) in der alljährlichen Beilage über die 100 größten deutschen Unternehmen und trifft die Einschätzung: Kaum ein anderes Land der Welt habe so gute Voraussetzungen, die Herausforderungen der Globalisierung zu bestehen wie Deutschland.

Was die betriebswirtschaftliche Produktivitätssteigerung angeht, ist der Erfolg bereits verkündet. Die Wirtschaft habe ihre Hausaufgaben gemacht, jetzt müsse die Politik nachziehen.

Qualitätspfuscher auf deutschen Baustellen

Arbeitslosigkeit und innere Sicherheit waren die beherrschenden Themen des vergangenen Wahlkampfs und beide Themen bezogen sich zentral auf das Thema „Ausländer". Das Bedrohungsgefühl, das dabei mobilisiert wurde, fragt nicht nach Ursachen, sondern kennt immer schon die fraglos Schuldigen. Dieselben Proleten, die in ihrem verblendeten Produktivitätsfetischismus tatkräftig dabei sind, sich selbst überflüssig zu machen, identifizieren mit traumwandlerischer Sicherheit den Konkurrenten, den sie aus ihrem – nationalen – Gehege heraushalten wollen. „Arbeit zuerst für Deutsche" (DVU, NPD) oder „Gegen den Mißbrauch des Gastrechtes" (CDU) oder wie das populär gewordene „Raus, aber schnell!" (Schröder) hießen die Parolen. Als Avantgarde dieser nationalen Wehr haben sich speziell deutsche Baufachleute hervorgetan. Der Stolz des Schöpfers „deutscher Wertarbeit" und die Angst vor der eigenen Entbehrlichkeit fusionierten zu etwas, das man angemessen als Verbauarbeiterisierung des Bewußtseins bezeichnen muß. Wird das staatstragende, zünftig-proletarische Bewußtsein eigener Unentbehrlichkeit mit seiner tatsächlichen Überflüssigkeit konfrontiert, dann gnade Gott denjenigen, die der wakkere Arbeitsmann als seine Feinde ausgemacht hat.

Die Baubranche inszenierte mit Gewerkschaften, Arbeitsämtern und Polizei eine kollektive Jagd gegen „illegale" Arbeiter und „kriminelle" Unternehmer auf deutschen Baustellen. Gejagt wurde nicht der ausländische Kollege, sondern der Saboteur an der Qualität. Dabei wurden die Bauarbeiter zum Sympathieträger. So konnte ein beliebiger Bauarbeiter unter der Überschrift „Ein deutscher Bauarbeiter" in der täglichen Rubrik „Porträtiert" des *Tagesspiegel* (13.5.97), die ansonsten Personen der Zeitgeschichte vorbehalten ist, als ein Prototyp vorgestellt werden. Er trägt den Namen Harald Grabowski (42), stammt aus Fürstenberg bei Oranienburg und kehrt besonders die Qualität der deutschen Arbeit heraus. Der überstundenreißende gelernte Zimmermann bekennt: „‚Ich muß echt daran arbeiten, daß ich nicht langsam zum Ausländerfeind werde.' In Babelsberg etwa arbeiten Russen für fünf Mark die Stunde, und er sehe auf den ersten Blick: ‚Die bauen Pfeiler, die fallen früher oder später um.' Oder polnische Fliesenleger: ‚Qualitätspfuscher zum Unterpreis! Dafür würden die uns als deutsche Firma sofort nach Hause schicken.'" Die subversive Bedrohung durch „ausländische Pfuscher" und die damit verbundene Gefahr für die Bauarbeiter im besonderen und Deutschland im allgemeinen wurde auch beim populären und prestigeträchtigen Hauptstadtbau am Potsdamer Platz ruchbar. Als beim Schildvortrieb für die unterirdischen Verkehrstunnelröhren ein Wassereinbruch in einem der Bauabschnitte passierte, wurde dies in der Presse sofort ausländischer Billigarbeit in die Schuhe geschoben – was in den Folgetagen korrigiert werden mußte, da vor Ort ein deutsches Team beschäftigt war.

Daß der Pole und der Russe nichts bieten für das wenige Geld, das sie bekommen, scheint allgemeiner Wissensstand zu sein. Der vermeintliche „Pfuscher" wird ganz unabhängig von der tatsächlichen Qualität seiner Arbeit als solcher erkannt. Doch selbst wenn es so sein sollte und die Pfeiler „früher oder später" wieder umfallen, ist der Einsatz von weniger „Wertarbeit" zum niedrigen Preis durchaus rentabel, denn nicht jedes Bauwerk wird für die Ewigkeit konzipiert. Doch hat die Abgrenzung von „ausländischer" und „deutscher" Arbeit einen realen Kern.

Die deutsche Arbeitskraft gilt in aller Regel als umfassend ausgebildet und motiviert. Das trifft auch für den Bau zu. Die Besetzung einer Baustelle mit Personal für Anleitung, Aufsicht und Kontrolle wird relativ niedrig gehalten, weil in der Bauausführung umfassend ausgebildete Fachleute tätig sind, die ihre Aufgaben selbständig wahrnehmen. Die Planung kann von kurzen Ausführungszeiten bei Einhaltung von Qualitätsstandards und damit hoher Produktivität ausgehen. In den 60er Jahren kamen auf einen Bau-Facharbeiter noch drei Hilfskräfte, heute kommt auf drei Facharbeiter eine Hilfskraft. Die bauspezifische Variante des „rheinischen Kapitalismus" arbeitete schon mit flachen Hierarchien, als noch niemand von lean management sprach. (Syben 97, S. 495) Nun ist der Bau zwar nicht mit der Industrie gleichzusetzen. Im Gegenteil haben die 1995 geänderte Schlechtwettergeldregelung und die Winterkündigungen durch die Baufirmen den Saisonarbeitscharakter der Branche verdeutlicht. Dennoch sind die Baufachleute die Verkörperung eines Humankapitals, wie es „postfordistischen" Managementkonzepten mit Eigensteuerung, Eigeninitiative und Kooperationsbereitschaft zu Grunde liegt. Am Bau hat die fordistische Massenproduktion keine Siege gefeiert. Die Handwerksarbeit ist trotz Maschinisierung so anschaulich und der Arbeitsgegenstand ist so handfest, daß er auch in Kinderbüchern vermittelt wird.

Das Hoch, Hoch, Hoch-Modell gegen das Niedrig, Niedrig-Modell

Die gewerkschaftsnahen Sozialwissenschaftler Horst Kern und Michael Schumann sehen sich zwei konkurrierenden Produktivitätsmodellen in der Welt gegenüberstehen. Das „Hochqualitäts-, Hochqualifikations-, Hochlohn-Modell", dem die deutsche Industrie bisher folgt, und das Erfolgs-Modell der amerikanischen Industrie „Niedriglohn-, Niedrigqualifikations-, Preiswettbewerbs-Modell" (*GMH* 11-12/96). Für Deutschland beschreiben sie einen „Rationalisierungskonsens" zwischen Belegschaften und Unternehmensleitung, der darin bestand, bei hohem Qualifikationsgrad die Produktionsintelligenz der Arbeitenden auszubeuten, statt die Arbeitsprozesse exzessiv zu taylorisieren. Mit Lohnverzicht konnten sich die Belegschaften deshalb im allgemeinen abfinden, nicht jedoch mit einem Verlust ihres Status als „Partner" der Unternehmen. Deshalb wurde die Reduzierung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, obwohl man zu Verzicht im Interesse des Ganzen bereit war, zum Startsignal für einen unerwartet heftigen Protest.

Im Zentrum der deutschen Gewerkschaftspolitik stand seit je der an Produktivitätsfortschritten interessierte, qualifizierte deutsche Arbeitnehmer, und diese Perspektive ließ alle anderen Fragen in den Hintergrund treten. Solidarität mit ausländischen Beschäftigten oder mit Frauen z.B.

war an einen allgemeinen Zuwachs bei Lohn und allgemeinen Verbesserungen der Arbeits- und Ertragsbedingungen geknüpft. Sie waren produktionsorientiert (Humanisierung der Arbeit und Zukunft der Arbeit) statt solidaritätsorientiert.

Diese Gewerkschaftstradition der BRD ist eine postfaschistische. Die Organisationsprinzipien der Nachkriegsgewerkschaften (zentralistische Einheitsgewerkschaft statt Richtungsgewerkschaften, Betriebs- statt Wohnortgruppen) wurden von der DAF übernommen und als Kalte Kriegs-Notwendigkeit ausgegeben. Der Zugewinn an Einheit und damit Kampfkraft, der als Vorteil für diese Organisationsform angeführt wird, bedeutet tatsächlich die Verüberflüssigung des politischen Kampfes und die präventive Ausschaltung einer Opposition durch konkurrierende Gewerkschaften. Da der Staat ebenso wie die Gewerkschaft selbst dieses System garantiert, ist es logisch, daß auch beide zusammen gegen „illegale Arbeiter" vorgehen.

Weg von der Arbeitsgesellschaft

Teile der Linken sehen in einem Abschied von der Arbeitsgesellschaft die Macht der Gewerkschaften in Gefahr, andere sehen in einer Prekarisierung der Arbeit bereits das eigentliche Problem anstatt zu sehen, daß in der Statussicherung ebenso ein Problem liegt. Andere wiederum blicken erwartungsvoll auf die Perspektive eines Lebens ohne Lohnarbeit und jenseits des Arbeitszwangs. Die glücklichen Arbeitslosen melden sich für die freiwillige Nichtarbeit und die Krisis-Gruppe wirbt dafür, einen Schritt in Richtung eines Austausches jenseits der Wertverwertung zu tun. Doch scheint der Kapitalismus wieder einmal nicht in einen für ihn unlösbaren Widerspruch zu geraten, als der die ständige Freisetzung von Arbeitskraft gern angesehen wird. Es wird nach Möglichkeiten gesucht, wie die überflüssige Arbeitskraft bewirtschaftet werden kann. Der Kapitalismus gibt seinen Gestaltungsanspruch jedenfalls nicht auf – und deshalb ist es absurd anzunehmen, man könne in dieser Situation von links abernten.

Es wird noch länger damit experimentiert werden, wie im nationalen Rahmen das Verhältnis von ortsgebundener Arbeitskraft und mobiler hochqualifizierter Arbeitskraft eingerichtet werden kann. Wie es scheint, möchte Deutschland dazu eine eigene Variante der kostengünstigen Mobilisierung von unbezahlter und qualifizierter Arbeit verwertungsgerecht beisteuern. Hier traut man sich zu, den Trend von der Verteilung der knappen Arbeit umzukehren, denn, so heißt es, Arbeit sei genug da, nur am Geld mangele es. Besonderes Augenmerk wird darauf gelegt, die regionale Ausstattung für den Standortwettbewerb möglichst kostengünstig zu organisieren. Dabei wird der Standort zum Gemeinwesen, dessen Bewohner für den kommerziellen Erfolg, also die Attraktivität der Verwertungsbedingungen gemeinsam verantwortlich sein sollen. Die Kosten für Infrastruktur, soziale Einrichtungen, Kultur und Sicherheit unterliegen zwar immer auch einem Legitimationskalkül, doch gehen diese eben auch in die Standortkosten ein.

Als Bestandteil eines übergreifenden Konsenses ist die Arbeitskraft eben nicht einfach individuelles Eigentum, wie es beim freien Lohnarbeiter zu vermuten wäre, sondern wird mit dem Anspruch auf soziale Teilhabe zum Bestandteil einer Produktivitätsgemeinschaft. Für das „kulturelle Kapital" gilt eine ganz eigene Kostenkalkulation und seine Mobilisierung steht derzeit höher im Kurs denn je. Dabei amalgamieren Wille, Anrecht und Pflicht unter Stichworten wie „verpflichtende Solidarität" (Norbert Blüm) oder Subsidiarität. Das fördert bei entsprechender Beachtung die reelle Subsumtion der Menschen unter die Kapitalverwertung. Dieses betrifft natürlich nicht nur den Straßenfeger, sondern auch die Angestellten oder z.B. die Wissenschaft. Deren Verfügbarkeit wurde unter staatlicher Regie erheblich verwohlfeilert, wenn bei ABM die Gehaltshöhe statt an der Art der Arbeit an der Herkunft der Mittel orientiert wird. Über ABM wird teils hochqualifizierte Arbeitskraft mit sinnstiftenden Angeboten, dafür aber zu relativ niedrigen Preisen nutzbar gemacht. So arbeiten z.B. von 18.500 ABMlern in Berlin 5.300 in sozialen Diensten, 660 im Gartenbau und 9.600 in anderen Einrichtungen wie Wachdiensten oder Theatern.

Die Grünen, als Lobby für die im zweiten Arbeitsmarkt real gewordene alternative Ökonomie und Gegenkultur angetreten, sind ein Teil dieser Neuordnung geworden und leiten daraus nicht nur Mitgestaltungsrechte („soziale und ökologische Umgestaltung") ab, sondern werden für die Umgestaltung auch gebraucht.

Der langjährige *TAZ*-Redakteur Martin Kempe schwärmt heute in einer Gewerkschaftszeitung in einer Vorausschau auf das Jahr 2010 für das „Heranwachsen einer ‚sozialen Gesellschaft'", die auf einem „‚Dritten Sektor' der Selbsthilfe und Selbstorganisation" beruht, in dem „sinnvolle, der Gemeinschaft dienliche Tätigkeiten" (*GMH* 11/97, S. 607) ausgeführt werden. Doch wer die „Selbsthilfe und Selbstorganisation" auf einen dritten Sektor verweist, redet der Arbeit ohne Lohn neben der Arbeit mit Lohn das Wort. Wo der Kapitalismus alternativlos dasteht und die gesellschaftliche Reproduktion immer intensiver in seine Funktionsweise integriert wird, ist die größere Katastrophe nicht, daß die Arbeitskraft vernutzt wird, sondern die, daß dies nicht geschieht. Mit neuen Möglichkeiten zur Selbstbestimmung hat das wenig zu tun. Die Subsumtion unter das Kapital hört nicht damit auf, daß das Existenzminimum ebenso wie der Reproduktionsfond, wohlgemerkt weltweit, gesenkt werden und unter den nationalen Konkurrenten zu einer sich intensivierenden Wettbewerbsebene führt.

Seitdem die sich einst gesellschaftskritisch in die Szene drängelnden, antifordistischen Umweltbewegungen als Reservoir von brachliegendem Engagement und Arbeitsvermögen im Postfordismus entdeckt wurde, gibt es das Bestreben, dieses Potential nutzbar zu machen, sei es unter modernen Parolen wie „Nachhaltigkeit". Was im Betrieb als finanzieller Anreiz, im Kostenvergleich Mensch/Maschine und Strukturrationalisierung erreicht werden kann, versuchen der Staat und seine Bürger als Ehre, Dienst und Zwang zu heben. O. Giarini und P. Liedke haben in einem vielbeachteten Buch auch bereits ein objektivierendes Maß dafür vorgeschlagen. Das Bruttosozialprodukt, bisher Ausdruck für die monetarisierten Anteile einer Wirtschaft, soll gegen eine auch die nichtmonetarisierten Teile einer Wirtschaft erfassenden, Grundlage für die Vergleichung des Wohlstandes der Nationen ersetzt werden (Giarini 98, S.94).

Karl Nele

Literatur:
- *express*, Zeitung für Betriebs- und sozialistische Gewerkschaftarbeit 9/1998
- O. Giarini/P. Liedtke, Wie wir arbeiten werden, Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg 1998
- O. Giarini/P. Liedtke, Beschäftigungsproblematik und Zukunft der Arbeit, *Gewerkschaftliche Monatshefte* 4/1997)
- M. Kempe, Umrisse einer neuen Arbeitsgesellschaft, *Gewerkschaftliche Monatshefte* 11/1997
- H. Kern und M. Schumann, Vorwärts in die Vergangenheit? Zustand der Arbeit – Zukunft der Arbeit, *Gewerkschaftliche Monatshefte* 11-12/1996
- G. Mutz, Zukunft der Arbeit, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B48-49/1997
- M. Opielka, Leitlinien einer sozialpolitischen Reform, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 48-49/1997
- G. Syben, Arbeitskräftepolitik im Strukturwandel der Bauwirtschaft, *WSI-Mitteilungen*, Hrsg. Hans-Böckler-Stiftung, 7/1997

„Heike Cordes"



Wir haben „Heike Cordes" als verdeckte Ermittlerin des Staatsschutzes enttarnt.
Bis Oktober 1997 war sie wohnhaft in einer Appartementwohnung in der Bleicherstraße 26, c/o Knust, Tel.: 3196863.
Sie arbeitete zusammen mit Herrn Zumpe vom LKA, Abteilung 84 (Staatsschutz). Anschrift: Bei den Hühnengräbern 18, 21220 Seevetal.
Heike trug kurzes blondiertes, im Ansatz dunkles Haar, ist ca. 176 cm groß, schätzungsweise Mitte dreißig und hat Sommersprossen. Sie erzählte, daß sie Lesbe sei.

Ihre Vorgeschichte und Widersprüche darin:

Heike erzählte, daß sie aus dem Lesbensub in Bremen sei. Dort hat sie nach eigenen Angaben nie politisch gearbeitet. Zudem will sie eine Berufsausbildung zur Krankenschwester gemacht haben. Während ihrer Anwesenheit in unseren Zusammenhängen hat sie unterschiedliche Angaben zu ihrem Arbeitsverhältnis gemacht. Sie will, sofern sie angestellt war, stets in einem privaten Pflegedienst in Harburg gearbeitet haben. Ihre Angaben zu Ausbildung und Arbeitsplatz haben sie aufgrund unserer Nachforschungen als falsch herausgestellt. Sie behauptete 1995 ein Studium begonnen zu haben. Während ihrer Zeit in Hamburg verschwand sie mehrmals ohne Ankündigung für 1-2 Monate. Diese Abwesenheit begründete sie danach auf verschiedene Arten: kranke Mutter, kranke Freundin, Schlüsselbeinbruch.

Politisch arbeitete Heike nach eigenen Angaben in einer FrauenLesbengruppe aus St. Pauli mit dem Schwerpunkt Aidsprävention. Die Existenz dieser Gruppe konnte nie nachgewiesen werden, obwohl Heike sie ständig erwähnte. Keine der Frauen aus der Gruppe ist jemals gesehen worden. Dafür gab Heike unterschiedliche Erklärungen: Die anderen Frauen seien „bürgerlich", hätten andere Interessenschwerpunkte oder hätten keine Lust auf Kneipen. Über einen längeren Zeitraum diente ihr eine angebliche Auseinandersetzung in der Gruppe als Vorwand, alleine auftreten zu können. Später sagte sie, die Gruppe habe sich aufgelöst und nutzte dies als Argument, warum übernommene Aufgaben nicht erledigt werden konnten. Dies beispielsweise im Zusammenhang mit der Frauendemonstration zum 8. März 1997. Trotzdem übernahm sie noch lange nach der angeblichen Auflösung Aufgaben für ihre Gruppe.

ihr Vorgehen

Auf Treffen, Veranstaltungen, etc. wirkte Heike stets interessiert und fragte oft nach Positionen und Einschätzungen von anderen, was sie mit dem „Neu sein" erklärte. Wenn sie sich inhaltlich äußerte, waren es meist unangefochtene Positionen, so daß sie nie inhaltlich angegriffen werden konnte. Persönliche Kontakte ging sie kaum ein und wurde unseres Wissens nach auch nie in Begleitung gesehen. Auf Treffen erschien sie stets allein. So ist sie z.B. oft zu spät auf Treffen gekommen und kurz vor Ende gegangen, so daß für sie kaum die Gefahr bestand in persönliche Gespräche verwickelt zu werden. Sie verstand es, Nachfragen aus dem Weg zu gehen oder reagierte sehr gereizt darauf. Sie ging sehr gezielt auf Einzelne zu, allerdings nicht sehr nachdrücklich. Sie ging unaufdringlich vor und stellte keine komplexen, sozialen Beziehungen her.
Heike wechselte ständig die Gruppen und die Szenen. Zuerst kam sie in gemischte Zusammenhänge, orientierte sich dann in FrauenLesben-Zusammenhänge und zuletzt wieder gemischt. Hierdurch hatte sie die Möglichkeit, sich quasi als Eintrittskarte auf andere zu beziehen, bzw. sich auf neuen Treffen entsprechend „vorzustellen".

ihre Aktivitäten/was sie mitbekommen hat

Heike tauchte unseres Wissens das erste Mal etwa 1994 in Hamburgs linken Zusammenhängen, genauer in dem Bündnis „Kein Fußbreit den Faschisten" (im Folgenden kurz KFDF) auf. Eventuell war sie vorher schon in VVN-Zusammenhängen, das wissen wir nicht genau. Im Bündnis KFDF war sie mehr oder weniger kontinuierlich bis zum 8. Mai 1995. Sie befand sich dort in einer internen Arbeitsgruppe und verfasste innerhalb des Bündnisses einen Artikel über eine rechte Schwulengruppe, welcher im Antifaschistischen Info Nr. 1 zu lesen ist.
1994 trat sie dem „Bündnis gegen das PKK-Verbot" bei. Auf diesem Bündnis erzählte sie, von KFDF zu sein. Hier schloß sie Kontakte zu der Kurdistansolidarität Hamburg und dem FrauenKurdistanKomitee. Heikes Ansatz war ein konkretes Projekt, eine medizinische Delegation nach Kurdistan.
1995 kam sie auf die Treffen des offenen FrauenKurdistanKomitees. In beiden Zusammenhängen war es ihr relativ schnell möglich an Internas zu gelangen.
Ab Frühjahr 1995 konzentrierte sie sich auf die Frauenstrukturen in Hamburg. Sie erschien regelmäßig am FrauenLesbenTag im Schwarzmarkt. Dort hatte sie Einblick in aktuelle Informationen und bekam Diskussionen mit.

Aufgrund ihrer angeblichen Krankenschwesterausbildung fuhr sie am 9.3.96 mit den Hamburgerinnen als Demosani zur 8.März-Demonstration zum Thema Kurdistan nach Bonn.

Weiter nahm sie teil

- im November 1996 am FrauenLesbenaktionstag im Karoviertel
- im November 1996 an der FrauenLesbenveranstaltung zu Aussageverweigerung im Kölibri
- im Februar 1997 am Treffen zum Prozessbesuch wegen der Demo am 16.6.1995
- 6.03.1997 FrauenLesben-Vokü in der B5 zum Thema Ravensbrück
- 9.03. 1997 8.März-Demo in Hamburg
- 12.03. 1997 Rote Hilfe Veranstaltung zu Peru

Im Anschluß daran schloß sie sich der daraus entstandenen Gruppe zum geplanten Redeverbot von Isaak Velasco (Europasprecher der MRTA) an. Dieser Gruppe gehörte sie bis ca. August 1997 an. Auf diesem Gruppentreffen war sie kontinuierlich, und übernahm verschiedene Aufgaben.

- 18.03.1997 Libertad Demonstration
- 15.05.1997 offenes Treffen zum Aufbau eines neuen FrauenLesben-Infoladens

Auf diesem Treffen gab sie sich wieder als Delegierte einer „FrauenLesbengruppe aus St. Pauli" aus. In der folgenden Zeit zog sie sich aus der FrauenLesbenszene zurück.

- Mai/Juni 1997 Mitarbeit an der Broschüre „Neue Akropolis"

Am 5. August kündigt sie der Gruppe, die zu Isaak Velasco arbeitete an, etwa 4-6 Wochen nicht in Hamburg zu sein, wurde allerdings 3 Tage später wieder und unseres Wissens nach zum letzten Mal gesehen.
Sie verschwand somit sehr plötzlich. Im Oktober/November war ihre Wohnung aufgegeben.

Ob sie außer in den o.g. Zusammenhängen noch in anderen war, wissen wir nicht. Das wäre Sache der Betroffenen.

Unsere Einschätzung

Unserer Einschätzung nach hat „Heike" über einen 4-jährigen Zeitraum versucht, ein weites Spektrum linksradikaler, feministischer und autonomer Politik abzudecken und für den Staatsschutz „auszuleuchten". Antifa, Kurdistansolidarität, autonome FrauenLesbenzusammenhänge und internationale Solidarität. Interessant ist, daß der VS-Bericht aus der betreffenden Zeit über viele dieser Gruppierungen erstaunlich detailliert ist...

„Heike" ging dabei nicht bei einem Thema einer Gruppe in die Tiefe, sondern bewegte sich von Zusammenhang zu Zusammenhang, erfaßte mehr die Breite der Bewegung. Sie war zudem bei fast allen aktuellen Anlässen aktiv, dort, wo sie erstmal nicht auffiel. In einzelnen Fällen bekam sie durchaus auch tiefergehende Einblicke in Internas, ohne daß sie besonders viel mit den Menschen dieser Gruppe zu tun gehabt hätte. Gründe dafür waren u.a. ihr sehr souveränes und sicheres Auftreten.
In alle Zusammenhänge und Gruppen hat sich „Heike" mit dem Bezug auf andere Strukturen, in denen sie arbeiten würde, eingeführt. Mit dieser uralten Methode ist sie an keiner Stelle auf nachhaltige Schwierigkeiten gestoßen, obwohl schon relative einfache Nachfragen hätten ergeben können, daß niemand sie näher kannte. Es stellte sich heraus, daß jedoch fast alle Zusammenhänge sie „ein wenig komisch" fanden und sich z.B. über ihre plötzlichen und unangekündigten Abwesenheiten wunderten. Die Tatsache, daß keine anderen Frauen aus der „St. Pauli Frauengruppe" jemals in Erscheinung traten, hätte schon früher zu stärkeren Nachfragen und gegebenenfalls zu Konsequenzen führen müssen. Obwohl Heikes Auftreten eigentliche relativ schnell ein diffuses Mißtrauen erzeugte, gab es lange keine konsequenten Versuche, Genaueres herauszufinden und die Verantwortung für die Situation zu übernehmen.



Unsere Erfahrungen

Wir haben selbst sehr lange gebraucht, wirklich stichhaltige Beweise zu finden. Obwohl wir uns schon bald sicher waren, daß „Heike" eine Bullenfrau ist, wollten wir sie nur mit sicheren Beweisen öffentlich enttarnen. Der Umgang mit einem Spitzelverdacht bedarf größter Umsicht und Verantwortung. Es darf nicht sein, daß Vermutungen unbedacht öffentlich geäußert werden. In der Vergangenheit ist es schon öfter vorgekommen, daß Personen fälschlicherweise als Spitzel bezichtigt wurden. Bei einem konkreten Spitzelverdacht ist es wichtig, sorgfältig und genau zu sein, auch wenn es kurzzeitig nicht weitergeht, hartnäckig dranzubleiben und gegebenenfalls bei vertrauten GenossInnen Hilfe zu holen, oder die Arbeit an andere weiterzugeben.
Aus unseren Erfahrungen fordern wir dazu auf:
Versucht neue Leute, die in eure Strukturen kommen, genauer kennenzulernen, fragt sie auch nach ihrem persönlichen Alltag und ihrer Geschichte. Niemand, der sich wirklich politisch engagieren will, wird entsprechende Fragen komisch finden. Wenn sich jemand auf andere Gruppen bezieht, fragt dort nach. Das ist kein unberechtigtes Mißtrauen, sondern notwendiger Schutz politischer Strukturen.
Sprecht in euren Gruppen über solche Fälle und diskutiert eure Strukturen und euren Umgang.
Laßt es uns ihnen nicht so einfach machen. Seid subversiv und hartnäckig!

HH im Januar 1999

Ersatzobjekt muß her !!!

FÜR DEN ERHALT SELBSTBESTIMMTER LEBENSRÄUME

ZWEI JAHRZEHNTE

SÜDANLAGE 20

MÜSSEN FORTGESETZT WERDEN !!!

Der Mietvertrag für die Südanlage 20 ist gekündigt und läuft am 31.Oktober 1999 aus.
An diesem Tag gehen fast 20 Jahre selbstbestimmtes Leben und Wohnen in dem ehemals besetzten Haus im Zentrum Gießens zu Ende.

Damit scheint sich auch in Gießen ein Trend durchzusetzen, der schon in anderen deutschen Städten zu beobachten ist. So läuft auch in anderen Städten Deutschlands die Reprivatisierung besetzter und selbstverwalteter Lebensräume, so z.B. bei der „Köpi" in Berlin, bei der „Steffi" in Karlsruhe, beim Autonomen Zentrum in Heidelberg oder bei den „Michael Barrax" in Frankfurt. Des weiteren sind zahlreiche Bauwagenplätze wie z.B. in Kassel, Gießen oder Frankfurt von der Räumung bedroht.

Zur Geschichte der Südanlage 20 in Gießen

Am 2. März 1981 wurde das Haus Südanlage 20 besetzt, nachdem es zuvor aufgrund der Planungen eines wahnwitzigen Straßenprojektes schon über vier Jahre leer stand. Was anfangs von der Öffentlichkeit noch als Faschingsscherz gesehen wurde, entwickelte sich nach und nach zu einem der bedeutendsten autonomen Zentren in Hessen.

Zu Beginn der Besetzung diente die Südanlage 20 hauptsächlich als Wohnraum, der von den BesetzerInnen instandgesetzt wurde. Mit der Instandbesetzung wurde dem Trend entgegengewirkt, die Gießener Innenstadt in ein teures Büro- und Geschäftsviertel mit einigen wenigen unbezahlbaren Eigentumswohnungen umzuwandeln und alle, die nicht in die Glitzerwelt der Beton-, Glas- und Kommerzpaläste passen, an den Stadtrand oder in anonyme Wohnsilos abzudrängen.

Nachdem in Hessen Anfang der 80er Jahre erstmals eine Mehrheit der Bevölkerung SPD/Grüne gewählt hatte, wurden seitens der BesetzerInnen der Südanlage 20 und der ebenfalls besetzten Alicenstraße 18 im Rahmen der damaligen Koalitionsvereinbarungen Verhandlungen mit dem Land Hessen zum Abschluß von Miet- bzw. Erbpachtverträgen aufgenommen. Im Laufe der Verhandlungen konnte die damalige Landesregierung dazu gebracht werden, das Anwesen von der damaligen Besitzerin (Bundesrepublik Deutschland) zu erwerben, zum Abschluß von Verträgen kam es aufgrund von Desinteresse und Verschleppungstaktik der Landesbehörden allerdings nicht. Die Ende der 80er Jahre in Hessen regierende CDU verkaufte die sich dann im Landesbesitz befindlichen Häuser an private Investoren. In der Folge wurde die Alicenstraße 18 „entmietet" und luxussaniert, die BewohnerInnen der Südanlage 20 konnten in Verhandlungen 10jährige Mietverträge durchsetzen.

Die Mietverträge wurden mit dem **Verein für kommunikatives, kollektives und trotzdem soziales Wohnen e.V.** abgeschlossen, der von den BewohnerInnen bereits Jahre zuvor gegründet worden war. Im Rahmen der Mietverträge wurde das Hintergebäude der Südanlage 20 in Eigenarbeit zum neuen Infoladen ausgebaut, der alte Infoladen, der sich seit 1987 im Haupthaus befand, zog um.

In der Südanlage 20 wohnen, arbeiten, feiern (kurz: leben) Menschen, die dort selbstbestimmt - alternativ zu Zweck-WGs, anonymen Studentenwohnheimen oder anderen Lebensgemeinschaften - wohnen wollen. Die BewohnerInnen sind gleichzeitig Mitglieder des Mietvereins und tragen somit diesen und die Hausgemeinschaft durch ehrenamtliche Arbeiten (Organisation, Instandhaltung, ...). Ein wichtiges Ziel des Vereins ist es, dem steigenden Mietwucher entgegen zu wirken und selbstverwalteten Wohnraum auch sozial Schwächeren anbieten zu können. Das bedeutet aber auch, daß die BewohnerInnen relativ bescheidene Wohnbedingungen auf sich nehmen (schlechte sanitäre Anlagen, keine Zentralheizung etc.), um in einer solchen Form miteinander leben zu können.

Die Südanlage 20 steht seit 18 Jahren für:

- selbstbestimmten Lebensraum
- bezahlbaren Wohnraum
- alternative, linke Politik
- unkommerzielle Konzerte und Parties, die Besucher aus dem gesamten Bundesgebiet anziehen
- Kulturveranstaltungen

Außerdem ist die Südanlage 20 Anlaufstelle und Treffpunkt unterschiedlicher kultureller und politischer Gruppen und ermöglicht die Nutzung von Werkstätten und Proberäumen.

Der Infoladen

Der selbstverwaltete Infoladen, in dem täglich verschiedene Gruppen ihr Programm organisieren, bietet einen ungezwungenen, unkommerziellen Freiraum, den die Gruppen sonst nur schwer oder gar nicht finden. Als Beispiele sind Frauen/Lesben-Disco, Dienstags-Café, Frauen-Café, Rote Hilfe, Alternatives Schwulen-Café, das Antifa-Café, ein SchülerInnen-Antifa-Café, eine Konzertgruppe, die Kochgruppen der Volxküche und eine Archivgruppe zu nennen, die sich mit der Instandhaltung und Aktualisierung des Archivs beschäftigt. Im Archiv finden sich viele alternative, linke und allgemeinpolitische Zeitungen, Zeitschriften und Bücher der letzten 30 Jahre, die im großen Mediendschungel kaum Beachtung finden. Das Archiv ist einmalig in Hessen und für politisch interessierte Menschen unverzichtbar. Im Infoladen und im selbst ausgebauten Keller des Haupthauses finden regelmäßig unkommerzielle Konzerte, Vortrags- und andere Veranstaltungen statt. Während sich die Stadt Gießen hochtrabend „*Kulturstadt an der Lahn*" nennt, ist das kulturelle Angebot für viele ihrer BewohnerInnen, vor allem für Jugendliche, viele StudentInnen, Arbeitslose und ArbeiterInnen (also Menschen mit einem schmalen Geldbeutel) entweder völlig uninteressant oder nicht bezahlbar. „*Kultur*" mit großem Aufwand und Budget betrieben, dient oft nur der Standort- und Imagepflege der Stadt.

Das Aus für die Südanlage 20 wäre ein Verlust für Gießen und weit darüber hinaus!

Leben, Politik und Feiern in selbstverwalteten Freiräumen sind für uns untrennbare Voraussetzungen für ein Leben, das sich nicht in erster Linie an Konsum und Profit orientiert.

Was wir brauchen :

ist ein großes Haus mit Wohnraum und Räumlichkeiten für Konzerte, politisches und kultur-elles Engagement, für Gruppen, Werkstätten, Proberäume etc. als Ersatz für das Wohnhaus und den Infoladen. Dies muß zu günstigen Bedingungen miet- oder pachtbar sein (siehe z.B. Hafenstraße in Hamburg oder Autonomes Jugendzentrum in Bielefeld). Dafür sind wir auch zum Eigenausbau für die genannten Zwecke bereit.

Wir fordern die Stadt Gießen auf, Bedingungen dafür zu schaffen,

- daß ein **Ersatzobjekt für die Südanlage 20** gefunden und bereitgestellt wird !!!
- daß langfristige Mietverträge (oder auch Erbpachtverträge) mit dem **Verein für kommunikatives, kollektives und trotzdem soziales Wohnen e.V.** abgeschlossen werden !!!

Die BewohnerInnen der Südanlage 20 und ihre UnterstützerInnen:

Adresse: Verein für kommunikatives, kollektives und trotzdem soziales Wohnen e.V.
Südanlage 20, 35390 Gießen
Bei eventuellen Nachfragen: 0641/75112 AB

HINRICHTUNGSBEFEHL DROHT

Verhindern wir den staatlichen Mord an Mumia Abu-Jamal JETZT !

Bundesweite Demonstration in Hamburg am 20. Februar, Bahnhof Sternschanze um 12 Uhr



Stoppt die Hinrichtung!

Freiheit für Mumia Abu-Jamal!

Weg mit der Todesstrafe!

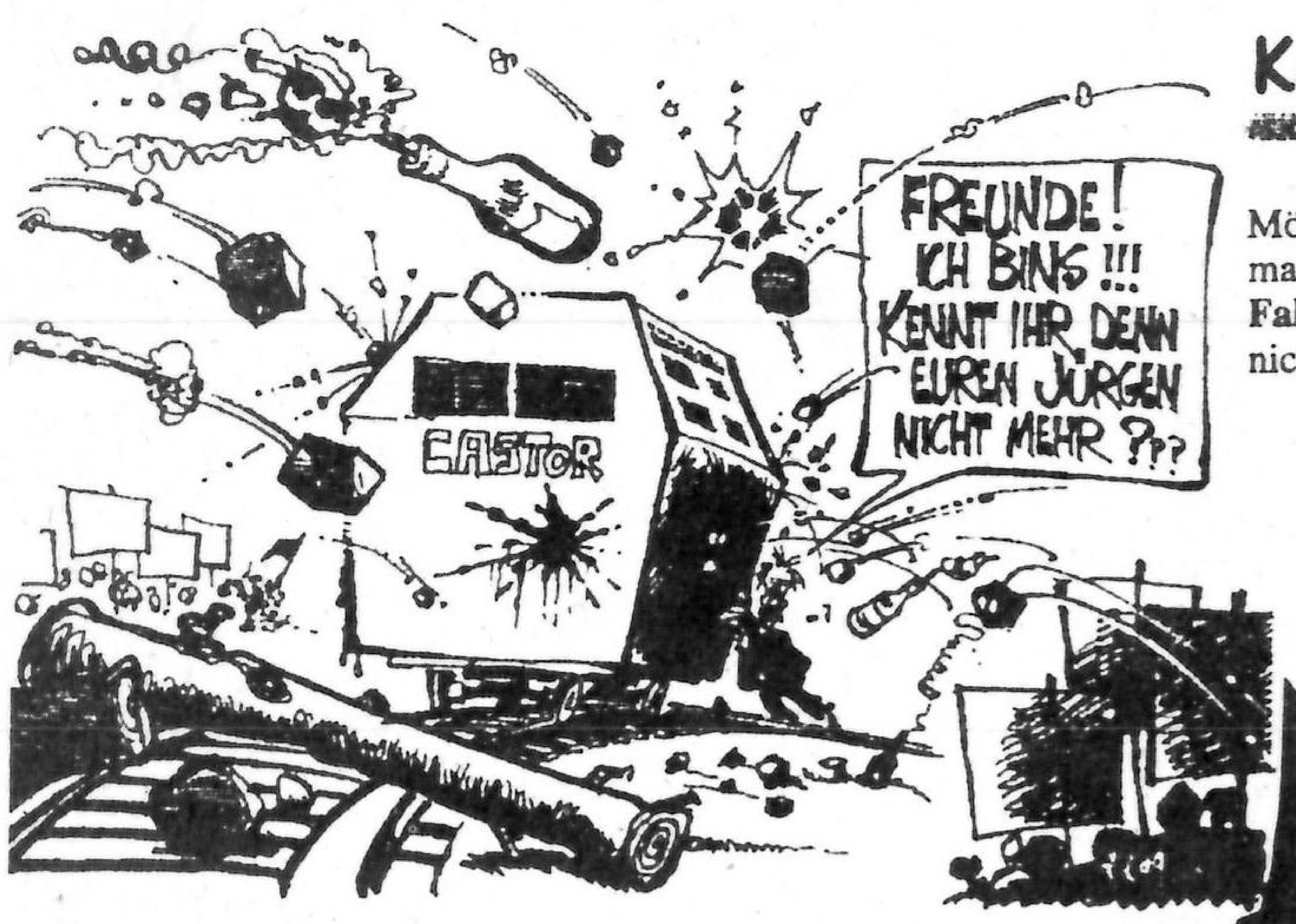
Kontakt: Solidaritätsbündnis „Free Mumia Abu-Jamal", Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg
Demobüro Hamburg: Tel.: Mo 18-20 Uhr 040 / 431 894 63. Fax: 040 / 431 894 62. E-Mail : mafa mail.nadir.org
Demo-Spendenkonto: Dr.H.-J. Schneider, Hamburger Sparkasse, Kto.-Nr. 104 579 8319, BLZ: 200 505 50

Veranstaltung in Berlin
Montag, 15. Februar, im KATO
(im U-Bahnhof Schlesisches Tor)

19.00 Uhr Film "Hinter diesen Mauern"
20.30 Uhr Aktuelles zu Mumia und zur Demo

Busse zur Demo nach HH
(Samstag, 20. Februar)
Volksbühne 7.30 Uhr
U-Bahnhof Rosa-Luxemburg-Platz (U2)

Kartenvorverkauf:
BAOBAB, Bandito Rosso, Lunte, X-beliebig, Ex, Schwarze Risse, M99, OH21



Konsens - mit uns nicht ! Ausstieg sofort !

Möglich, daß ein Teil der Bewegung erst einmal abwarten möchte : Rot/Grün soll erst mal machen - kritisieren kann man immer noch.
Falsch ! Der Kuhhandel läuft, in Bonn und Berlin wird längst gedealt. Und grüne Politik wird nicht durch Stillhalten unterstützt, sondern durch Aktionen vor Ort und auf der Straße.

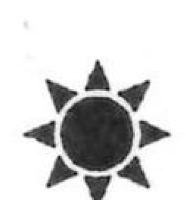
Wir dürfen uns nicht über den Tisch ziehen lassen !
Deshalb gibt es nur eins : Auf die eigene Kraft vertrauen !
Höchste Zeit für eine gemeinsame Aktion

Wir stellen uns quer !

Samstag 27. Februar 1999

Belagerung der Gorlebener Anlagen

11 Uhr Demozug ab Gedelitz
12 Uhr Kundgebung
Workshops
mit Pommes rot/grün und anderen wendländischen Spezialitäten
Feuershow und Musikprogramm



Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.
Drawehner Straße 3
29439 Lüchow
Tel (05841) 4684 Fax (05841) 3197
Internet : http: /www.oneworldweb.de/castor
Spendenkonto : Kreissparkasse Lüchow BLZ 25851335 Konto 2060721



An alle Anti-Atom-Standortinitiativen

Liebe Freunde,

man mag zu den jetzigen Ausstiegsplänen der rot-grünen Bundesregierung stehen wie man will - die Auseinandersetzung um die Nutzung der Atomenergie und das weitere Vorgehen in Sachen Lagerung von Atommüll den Regierenden zu überlassen, wäre ein großer Fehler und hat von uns wohl kaum jemand vor...
Greifswald bleibt essentieller Bestandteil im weiteren Planspiel der Atommafia.
Wir haben in letzter Zeit gezeigt, daß sich auch im Nordosten unserer Republik Widerstand regt. Die nervösen Reaktionen unserer Politiker haben uns bewiesen, daß wir auf dem richtigen Weg sind.
Das Testcamp im September im Rahmen der bundesweiten Aktionstage war ein Schritt in die richtige Richtung. Es war allerdings nur ein Schritt.
Wir gehen weiter.
Das kleine Camp war ein guter Anfang - die positiven Reaktionen der Leute, die vor Ort waren, haben uns Mut gemacht.
Jetzt wird's eine Nummer größer.
Im Wonnemonat Mai, nämlich vom **13.5.-16.5.99** findet unser

Aktionscamp Greifswald „Beginnen wir den Ausstieg"

statt.
Wir hoffen, in der Vorbereitung von Euren langjährigen Camp-Erfahrungen zu profitieren.
Neben Organisationserfahrungen mit Groß-Camps könnten wir natürlich noch die eine oder andere Materialhilfe gebrauchen

...und gaaaanz wiiiichtig seid zuallererst ihr!

Wir planen: Aktionstraining, Arbeitsgruppen, bundesweite Standortvorstellung und Vernetzung, Castor-Olympiade und Solikonzerte.

Das erste bundesweite Koordinationstreffen soll Mitte Februar in Greifswald stattfinden.

Meldet Euch bitte, wenn Ihr eingeladen werden möchtet.

Gemeinsam machen wir aus dem Transportstop was Endgültiges!

Ostsseeluft in den Lungen, Sonne im Herzen, Utopien im Hirn

Achtung!

Bitte beachtet unsere Adressenänderung!

neu neu neu neu neu neu neu

Arne Reyher
Grenzstraße 1
17419 Seebad Ahlbeck
Tel./ Fax: 028378-22 92 0
e-mail: biwolgast@topmail.de

Rosmarie Poldrack
Am St. Georgsfeld 42
17489 Greifswald
Tel./Fax: 03834-89 21 50
e-mail: bi.kernenergie@gryps.comlink.apc.org

4. Treffen der Gewerkschaft Naturkost-Landwirtschaft-Lebensmittelindustrie *(GNLL-FAU)*
-am 12. und 13. Februar in Berlin-

Die Veranstaltungen am Freitag-und Samstagabend sind allgemein öffentlich !
Bei allen Veranstaltungen gibt es einen Informationsstand/Büchertisch !

Freitag 12.Feb. - 21.00 Uhr

Ein Mitglied der GNLL berichtet über den Stand der Chiapas-Kaffee-Kampange mit anschließender Diskussion.....

Mexiko: TRANSFAIR-Kaffee aus schmutzigem Anbau - Aufstandsbekämpfung mit Biokaffeegenossenschaften in Chiapas

In hiesigen Bioläden wird Kaffee der Kooperative Otilio Montano *(UDEPOM)* verkauft, die auf's Engste mit der chiapanekischen Organisation *SOCAMA* verflochten ist. Letztere wird von mexikanischen Menschenrechtsgruppen und der Presse als "Nährboden" der Todesschwadron *"Paz y Justicia"* qualifiziert, die für über 300 Todesopfer und mehrere tausend vertriebene Landbewohnerinnen verantwortlich gemacht wird. Der Kaffee wird ökologisch durch Naturland zertifiziert und auf den Kaffeetüten wird mit dem TRANSFAIR-Siegel geworben.

Am Sonnabend um 12.00 Uhr beginnt das GNLL-Treffen

Die GNLL ist Teil der „bundesweiten" Freien ArbeiterInnen Union, einer basisdemokratischen Gewerkschaft.
Unser Ziel ist eine selbstverwaltete Wirtschaft und eine freie Gesellschaft. Die Grundlage für Selbstverwaltung bilden Verantwortung, gegenseitige Hilfe, Solidarität und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit ohne Hierachien und Privilegien aufgrund von Geschlecht und Geburtsort. Auf dieser Grundlage versuchen wir uns schon heute zu organisieren. Bei uns entscheiden die Vollversammlungen. Die Gewerkschaft Naturkost-Landwirtschaft-Lebensmittelindustrie versucht Beschäftigte sowie Kollektive, Kooperativen und Verbraucherorganisationen der oben genannten Bereiche zu organisieren. Auch arbeitslose KollegInnen sind uns willkommen!
Neben Informationen aus den jeweiligen Branchen und Bereichen, geht es auch um die Erarbeitung von gemeinsamen Perspektiven und Aktivitäten.



Alle Interessierte sind herzlich eingeladen !

Am Samstagabend um 21.00 Uhr gibt es den

FORTY EIGHT CRASH
-Lieder und Texte aus der Revolution von 1848-
mit Stefan Körbel und Michael Letz

4. Treffen der Gewerkschaft Naturkost-Landwirtschaft-Lebensmittelindustrie *(GNLL-FAU)*
-am 12. und 13. Februar in Berlin-

vorigen Jahr mit ihrem 20-er Jahre Pogramm erleben konnte, wird ahnen, wie es da zugeht. Nun kommen noch etliche Instrumente dazu, Pistolen, Fundus und Dampfmaschine, zunächst aber eine erstaunliche Gabe, Texte der Zeit so aufzuarbeiten, daß es Tränen in die Augen treibt vor Lachen und Schauer über den Rücken der Erkenntnis. Die nicht immer schmerzfrei ist. Das sollten also unsere Altvorderen bereits geglaubt haben, klingt das nicht wie Doktor K. oder der Pressesprecher H. Müssen deutsche Revolutionen immer so gehen, daß der Polizeipräsident nahtlos an die Spitze der Bürgerwehr tritt? Und ein König "an die Spitze der Bewegung"-die er ein Jahr später zusammenschießt? Was für ein Volk auch! Und was für eine Geschichte! Und wie schön, daß man nach diesen zwei Stunden wenigsten einen blassen Schimmer davon hat.

anschl. gibt's in den hinteren Partyräumen tanzbares mit DJ's auf 2 dancefloor's
Der Eintritt für Konzert & Party beträgt zusammen 5,00 DM

Weitere Infos zu den Veranstaltungen, zum Treffen und zur Gewerkschaft Naturkost-Landwirtschaft-Lebensmittelindustrie (GNLL) sowie zur FAU allgemein könnt Ihr bekommen über

FAU-IAA
Schreinerstraße 47
10247 Berlin

oder per e-mail über: gnll@fau.org



Die Veranstaltungen am Freitag-und am Samstagabend finden jeweils im Cafe *"Fischladen"* in der Rigaer Straße 83, 10247 Berlin-Friedrichshain (Nähe U-Bhf.Samariterstraße; U5) statt. Das GNLL-Treffen findet in den FAU- Räumen im gleichen Haus statt.

Deutsche in der Résistance



Eine Ausstellung der DRAFD - Verband Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland" e.V.

15. Januar bis 15. April 1999

Frankreich gehört zu den Ländern, denen im bewaffneten Kampf gegen das faschistische Deutschland besondere Bedeutung zukommt. Das betrifft den Beitrag, den die französische Résistance bzw. Armee zur Befreiung Frankreichs vor der faschistischen Okkupation leistete.
Das gilt aber auch insbesondere für die Teilnahme Deutscher an diesem Kampf. In Frankreich kämpften mit der Waffe mehr Deutsche gegen den deutschen Faschismus als in anderen okkupierten Ländern.

Veranstaltungsprogramm Teil 2:
alle Veranstaltungen beginnen um 19.30h

Do. 18.2. **„Deutsche Kommunisten in der Résistance"**, Gespräch mit **Ernst Melis**, der Mitglied der illegalen Leitung der KPD für Südfrankreich war

Do. 25.2. **Peter Gingold** und **Sophie Marum**: Zwei Freunde aus Emigration und Widerstand in Frankreich im Gespräch

Do 4.3. **„Sondertribunal"**, Vichy 1941, Spielfilm von Costa-Gavras und Jorge Semprun, Frankreich 1974, 115 Minuten

Fr. 12.3. **„Wir fühlten uns frei"**, deutsche und französische Frauen im Widerstand. Die Autorin des gleichnamigen Buches, **Florence Hervé**, referiert

Mo 15.3. **„Weder Arbeit, noch Familie, noch Vaterland"**. Tagebuch einer Brigade (FTP-MOI) französischer Freischärler und Partisanen und eingewanderter Arbeitskräfte in Toulouse 1942 - 1944, Dokfilm, Frankreich 1993, 92 Minuten

Do. 18.3. **Kurt Hälker**, Angehöriger der illegalen Wehrmachtsgruppe der Bewegung „Freies Deutschland" im Marinestab, liest aus dem Buch **„Im Bunde mit dem Feind"**

Mo. 22.3. **„Marie Octobre"**, Angehörige der Résistance versuchen nach 15 Jahren den Verrat in der eigenen Gruppe aufzuklären, Spielfilm, Frankreich 1959, 95 Minuten

Do. 25.3. Dokfilme-Abend: **„Kein Ruhm - Keine Tränen"**, über den Kampf deutscher Emigranten im französichen Widerstand in den Cevennen, BRD 1991, 29 Minuten;
„Die dunklen Zeiten dauern an", Erinnerungen an Vichy 1940 - 1998, Frankreich1998, 43'

Mo 29.3. **„Ich seh' dir in die Augen, Kleines": Casablanca**, Spielfilm, USA 1942, 98'

Fr. 9.4. Abschlußveranstaltung: **Ein Erich-Weinert-Abend**: Lesung und Gesang

GALERIE OLGA BENARIO, Weserstr.5, 12047 Berlin, U-Bhf. Hermannplatz, Eingang Restaurant ORLANDO, geöffnet So - Fr 18 bis 24h. Info 32702289/6241787. Da wir keine öffentlichen Zuschüsse erhalten, sind einmalige oder monatliche Spenden ausdrücklich für unsere weitere Arbeit erwünscht:
Postbank Berlin Konto 70539-107, BLZ 10010010. Danke!!!!

Linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum Köln
c/o *Antifaschismusreferat* im AStA der Universität Köln

Universitätsstraße 16
50937 Köln

Tel: (0221) 470-2992
Fax: (0221) 470-5071

Anti-EU-/ WWG-Info

Nr. 6
Februar '99

Einladung

Von **Samstag, den 27. Februar**, bis **Sonntag, den 28. Februar**
findet im „Unikum" (AStA Uni Köln), Universitätsstr. 16a, 50937 Köln
das sechste bundesweite Vorbereitungstreffen
linksradikaler, antifaschistischer und autonomer Gruppen
gegen den EU- und gegen den Weltwirtschaftsgipfel Juni 99 in Köln statt.

Die Veranstaltung ist als **zweitägige Aktionskonferenz** geplant mit folgendem Ablauf:

Samstag, den 27. Februar

Ab 12.00 Uhr: Anreise

Ab 13.00 Uhr: Debatte über den Diskussionsaufruf; Festlegung von Essentials für einen kurzen Aufruf

18.00 Uhr: Essenpause

danach: Erstellung des Kurzaufrufentwurfs

ACHTUNG!

Es wird unsere Planung erleichtern, wenn ihr euch verbindlich anmeldet. Das betrifft insbesondere die Versorgung mit Essen, als auch die Bereitstellung von Schlafplätzen für Samstag Nacht.

Sonntag, den 28. Februar

10.00 Uhr: Vorstellung und Verabschiedung des Aufrufentwurfs

11.30 Uhr: Anti-EU-Demo am 3. Juni 99
- Themen/Motto
- RednerInnen
- Route/Ablauf (Sicherheitslage)

13.00 Uhr: Anti-EU-Kongreß
- Aufruf
- Festlegung der AG-Themen
- Verfahrensweisen

Pause

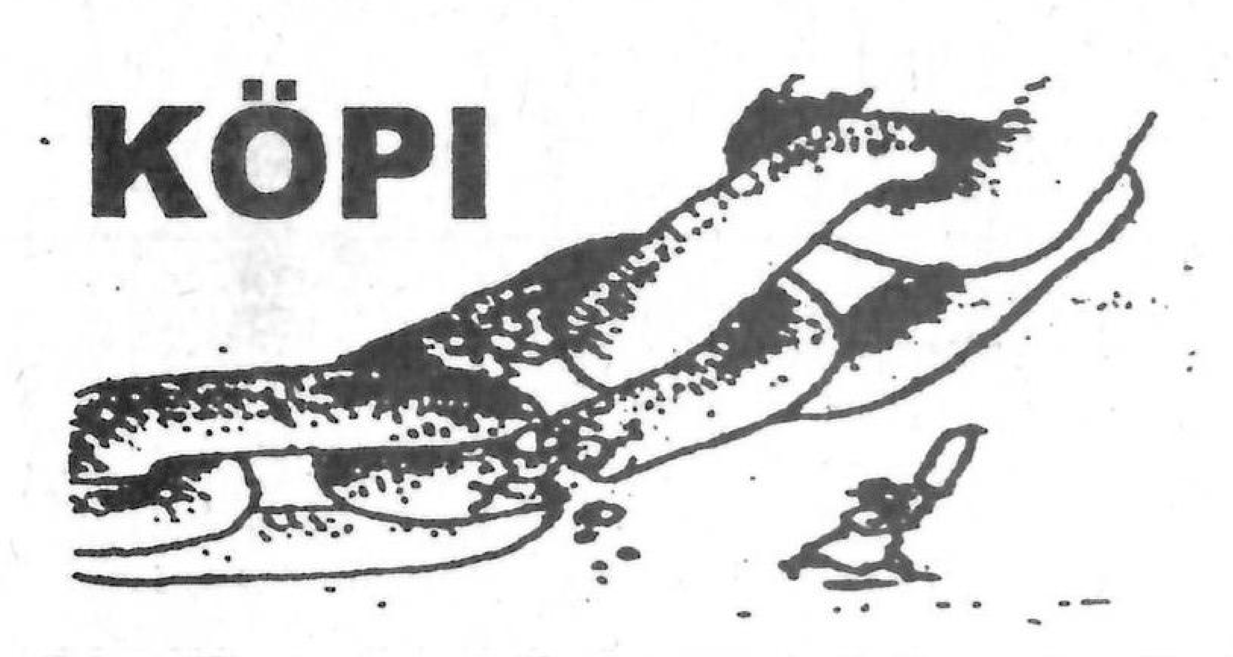
ab 16.00 Uhr:

Öffentlichkeitsarbeit (Plakat)

Finanzen

Weitere Aktivitäten
- EU-Sondergipfel 24./25.3
- Widerstandscamps und dezentrale Aktionen
- Euromarsch-Demo 29.5
- WWG-Demo 19.6.

Linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum Köln c/o *Antifaschismusreferat* im AStA der Universität Köln
Universitätsstraße 16, 50937 Köln, Tel: (0221) 470-2992, Fax: (0221) 470-5071



Infocafe + Vokü

Immer Montags ab 21 Uhr

15.02.
Aktuelles über die KÖPI!!!

22.02.
Antirepression. Informationen von R.A. auf deutsch, englisch, polnisch zum Verhalten bei Demos, Aktionen, Abschiebungen...

4.02., 21 Uhr
Urga
Die Abenteuer eines russischer Lastwagenfahrers in der Mongolei. Vor dem unglaublichen Panorama der mongolischen Steppe lernt er in vielen aberwitzigen Szenen die asiatisch / mongolische Kultur und sich selbst kennen

11.02., 21 Uhr
Brazil
Turbulente und bitterböse Satire über den totalitären Überwachungsstaat. Der verträumte Angestellte Lowry stolpert durch eine orwellsche- kafkaeske Welt und sucht 'die Träumerin'. Für alle die ihn erst zehnmal 'gesehen haben ein Muß'

18.02.,21 Uhr
Carla´s Song
Nach Land and Freedom befaßt sich der englische Regisseur Ken Loach mit dem revolutionären Nicaragua der 80er Jahre und zeigt, daß die Macht beim Volke liegt

25.02., 21 Uhr
Europa
"Ein surealer Ausflug in ein düsteres Europa der Nachkriegszeit



KÖPI - Kino

Köpenickerstraße 137 Mitte
Jeden Donnerstag Eintritt frei



Veranstaltungen im Bandito Rosso
Februar 1999

Lottumstr. 10a, Berlin - Prenzlauer Berg

Montag ab 20 Uhr: Atomic Café	**Donnerstag ab 20 Uhr:** Infocafé
Dienstag ab 20 Uhr: Unabhängig Jugendantifa	**Freitag ab 20 Uhr:** wirtschaftlicher Zweckbetrieb
Mittwoch ab 20 Uhr: Kulturabend	**jeden 1.und 3.Samstag ab 12 Uhr:** Technofrühstück

Kulturabend

Mi. 03.02. 21^{00} **"Mütter und Söhne"**, *Spielfilm, 90 min*

Mi. 10.02. 21^{00} **Andreas Scheffler**

So. 14.02. 18^{00} **(Kulturabend spezial)** *Der „telegraph" - die Ostdeutsche Quartalsschrift präsentiert* **"Ostidentität und Linke"** - *eine Podiumsdiskussion mit:*

Ivo Bocic (Redakteur der Wochenzeitung „Jungle World"),
Matthias Bernd (Redakteur der Zeitschrift „telegraph - Ostdeutsche Quartalsschrift"),
Olaf Mimiec (Leipzig), angefragt: die Zeitschrift **„ARANCA"**

Mi. 17.02. 21^{00} **"Spur der Steine"** *Spielfilm DDR 1966, sw, R.: Frank Beyer*

So. 21.02. 21^{00} **(Kulturabend spezial)**
"Koyaanisqatsi - Prophezeiung" *USA 1976-82, R.: Godfrey Reggio*

Mi. 24.02. 21^{00} **"Auf Wiedersehen, Kinder"** *Frankreich 1987, R.: Louis Malle*

So. 28.02. 20^{00} **Schwarzleserey**, *Literaturabend*

Der wirtschaftliche Zweckbetrieb

Fr. 05.02. **Schlechte Musik und abgestandene Getränke XVII**

Fr. 12.02. 21^{00} **"HASS - Bis jetzt ging alles gut"** *Spielfilm Frankreich, R.: Mathieu Kassovitz*

Fr. 19.02. **Schlechte Musik und abgestandene Getränke XVIII**

Fr. 26.02. **Bevölkerungsküche** (lecker Essen für den kleinen Geldbeutel)

Info - Café

Do. 11.02. 21^{00} **"Wallace und Gromit – Unter Schafen"**

Do. 25.02. 21^{00} **"Die Legende von Paul und Paula"** *Spielfilm DDR 1973, R.: Heiner Carow*

Atomic - Café

Mo. 01.02. 21^{00} **"Simpsons goes Sozialkritik - Teil II"** Auswahl nach Art des Hauses

Mo. 08.02. 21^{00} **"Das unsichtbare Visier"** *Teil III + IV* Armin Mueller-Stahl als Kundschafter des Friedens

Mo. 15.02. 21^{00} **Frauen und Islam** Diskussionsveranstaltung mit Fatiha Mekarnia

Mo. 22.02. 21^{00} Old School Filme - Häuserkampf in der BRD
"Tanz auf dem Vulkan" Heusnerviertel Bochum ´87,62 min;
"Wir geben unserer Zukunft ein Zuhause" Nürnberg ´89,50 min;



sonntag 21.2.
19.30 Offenes Treffen
zu neuen Ansätzen
antipatriarchaler Politik
(Blauer Salon)

sonntag 28.2.
FrauenLesbenTag
ab 12°° Frühstücksbuffet
ab 19°° leckeres warmes Essen

Veranstaltungs-/Konzert-/Party-/Anfragen
jeden Mittwoch 17-19°° im EX
Anfragen für den Lautsprecherwagen
jeden Freitag 19-20°° im EX
Anfragen für den VerSammlungsRaum
und den Blauen Salon 6918021

Öffnungszeiten:
Montag ab 18°°
Dienstag - Freitag ab 12°°
Samstag/Sonntag je nach Veranstaltung

Dienstag bis Freitag
von 12.30 bis 14.30
täglich wechselnde warme
Gerichte aus überwiegend
biologisch-angebauten Zutaten.

EX
im MehringHof
Gneisenaustr.2a
10961 Berlin-Kreuzberg

samstag 13.2.
ab 22°° **SoliParty** für
Flüchtlingsunterstützung
verschiedene DJs

sonntag 14.2.
FrauenLesbenTag
ab 12°° Frühstücksbuffet
FrauenLesbenFlohmarkt
13°° - 18°°
10,- Standgebühr für SorglosKonto
(Unterstützung illegalisierter
Migrantinnen)
Standanmeldung 6935800 (EX)
ab 19°° leckeres warmes
Essen!

solidaritäts tanzen

... mit den Djs **zap-E** & **E-man** !
solifete / flüchtlingsunterstützung
sa. 13.02. 22 Uhr im **EX,**
Gneisenaustraße 2a

..........etwas besseres als die nation



20.00h filme
u. a. zu rostock '92,
"kein mensch ist illegal"

21.00h party

14. 02. 99
antifaprozesskostensoli

lizard lounge
veteranenstr. 21
u-bhf rosenthaler platz

Infoveranstaltung zum Thema:

Neuheidnische Sekten und die Ausstellung im Prenzlauer-Berg-Museum

mit Peter Katz

Veranstalter : Bund der Antifaschisten - die Prenzl'bergerInnen
Ort : VEB Megaship
Oderberger Straße 47
Berlin-Prenzl. Berg, Nähe U-Bhf. Eberswalder Str.
Zeit : Mittwoch, den 24.02.1999 um 19.30 Uhr

Samstag, 20. Februar: 20.00 Uhr: „Mein lesbisches Auge" - szenische Lesung mit Laura Meritt und Susanne Kaiser

Donnerstag, 25. Februar, 20.00 Uhr: Dr. Margaret Rausch über die Situation arabischer Schriftstellerinnen.

Samstag, 27.2., 20.00 Uhr: „Erinnern an Ravensbrück"
Die Filmemacherin Loretta Walz stellt ihren Film (33 min) und das parallel erschienene Buch vor.

Alle Veranstaltungen nur für Frauen

Frieda Frauenzentrum


Proskauer Str. 7
10247 Berlin
T. 4224276

U 5, Bhf: Samariterstr.

KØPI-AUKTIONSWOCHE!



Fr.12.2 :
Konzert mit Muff Potter
World Chaos
Amen 81

Sa.13.2.:
19°° Vokü
22°° Party/Disco

So.14.2.:
Konzert mit
Violent Society (USA)

Mo.15.:
20°° Vokü
21°° Infoveranstaltung
und Aktuelles zur Køpi

Di.16.2.:
20°° Vokü
22°° Versteigerung Verhindert!
Konzert mit
Tod und Mordschlag

Fr.19.2..:
9 Jahresparty
Konzert/Disco/Dancefloor/
Performances/Feuershow
und vieles mehr.....

Sa.20.2.:
Ollies Bar
Konzert mit Shocks

Køpenicker Str.137 10179 Berlin
Tel.:030/279 59 16
U-Bhf Heinrich-Heine-Str.,
Bus 240/147